

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntags täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Amtliches.**

Berlin, 10. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Direktor der Skulpturen-Galerie der Königlichen Museen, ordentlichen Professor Dr. Gerhard und dem Direktor der Gemälde-Galerie, außerordentlichen Professor Dr. Waggon zu Berlin den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath; & wie bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten dem Kanzlei-Rath und Registratur-Vorsteher Joachim Ernst Lopp den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath, dem Geheimen Kalkulator Friedrich August Wilhelm Schneider den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Geheimen Registratur Wilhelm Rieckbach den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Kassen-Kontrolleur und Materialien-Bewahrer Gustav Schmitz zu Königsborn ist zum Sekretär bei dem Königlichen Ober-Bergamte zu Breslau ernannt.

**Telegramme der Posener Zeitung.**

Wien, Sonntag 10. März Morgens. Die heutige "Wiener Zeitung" enthält in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben vom gestrigen Tage, durch welches der zweite Präsident des obersten Gerichtshofes, Freiherr von Lichtenfels zum Präsidenten des Staatsrathes ernannt und angewiesen wird, auf Organisirung des Staatsrathes bezügliche Anträge unverweilt zu erstatte.

(Eingeg. 11. März 8 Uhr Vormittags.)

Von der polnischen Grenze, Sonntag 10. März, Abends. Der angekündigte Trauergottesdienst hat gestern in allen Gotteshäusern Warschau's stattgefunden, und es waren die Börse, wie alle Geschäftskokale geschlossen. Die Bürgermiliz, in einer Stärke von 440 Mann, erhielt die Ordnung ohne Mitwirkung der Polizei aufrecht. Die Ruhe wurde nirgend gestört. Die kaiserliche Antwort wird noch immer mit großer Spannung erwartet.

(Eingeg. 11. März 11 Uhr 20 Min. Vormittags.)

**Deutschland.**

**Preußen.** (Berlin, 10. März. [Vom Hofe; Tagessachen.] Gestern Vormittag hat der König sich die Vorträge von den Geheimräthen Costenoble, Illaire und v. Obstfelder und den Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben halten lassen und empfing alsdann mehrere höhere Militärs; Mittags hatte der König eine Konferenz mit den Ministern v. Auerswald, v. Schleinitz und Grafen Schwerin, bei der auch der Kronprinz und der Fürst von Hohenzollern zugegen waren. Zum Diner waren keine Einladungen erfolgt. Die Königin fuhr mit ihrer Schwester, der Prinzessin Karl, um 5 Uhr nach der Singakademie und hörte im wissenschaftlichen Verein den von Dr. Paalzow über elektrische und magnetische Erscheinungen gehaltenen Vortrag; der König gab sich nach dem Potsdamer Bahnhof und begrüßte dort den Prinzen Karl von Bayern, der mit einem Extrazug von Dresden kommend hier eingetroffen war, sich aber nur so lange aufhielt, bis die Maschinen gewechselt waren, und dann nach Potsdam weiter fuhr, wo er etwa 8 Tage bei seiner Schwester, der Königin-Wittwe, zum Besuch verweilen wird. Bei dem Kronprinzen war gestern Soirée, in der auch der König und die Königin mit dem Marquis of Breda, Lord Pawlet und Viscount Hinchinbrook erschienen. Die übrigen Mitglieder der Kommission, welche zuvor noch bei dem Grafen v. Nedern gespeist hatte, sind bereits gestern Abend nach London zurückgekehrt. Die drei hier noch anwesenden Herren besuchten heute Vormittag mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, dem Lord und der Lady Postus und den Attachés die englische Kapelle im Schlosse Montbijou und waren dann Nachmittags im englischen Gesandtschaftshotel zum Diner. An demselben nahm auch Minister v. Schleinitz Theil. — Der König, die Prinzen Karl, Georg und Adalbert, Prinz August von Württemberg und andere hohe Herrschaften wohnten heute dem Vormittagsgottesdienst im Dome bei; in der Matthäuskirche waren die Königin, der Prinz Albrecht (Sohn) die Prinzessin Friedrich Karl und die Prinzessin Alexandrine. Mittags empfing der König den Besuch des von seiner Villa Albrechtsberg bei Dresden gestern hierher zurückgekehrten Prinzen Albrecht und nahm alsdann die Vorträge des Ministers v. Auerswald und des Generaladjutanten v. Manteuffel entgegen. Darauf fuhren die Herrschaften nach Charlottenburg und besuchten an dem heutigen Geburtstage der hochseligen Königin Louise zu einer stillen Andacht das dortige Mausoleum. Die Familientafel war im Palais des Prinzen Karl und zum Thee versammelten sich die Prinzen und Prinzessinnen, der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern u. c. beim Könige. — Gestern Morgen empfing der Minister Graf Schwerin eine Deputation aus Ihrer Provinz und nahm eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse entgegen, in welcher ihm für die bisher bewiesene Haltung gewisse Bestrebungen gegenüber Dank gesagt wird. Der Minister sprach bei dieser Gelegenheit Worte, wie wir sie bereits von ihm in den Sitzungen beider Häuser des Landtags gehört haben. Der Deputation hatten sich mehrere Vertreter der Provinz angeschlossen; bemerkten wurden unter denselben die beiden Brüder, der Minister v. Schleinitz und der Präsident v. Schleinitz. — Nachdem Preußen bereits zwei Kreisgerichtskommissionen im Auslande hat, nämlich zu Mainz und Luxemburg, kommt jetzt noch eine dritte hinzu, nämlich zu Rastatt. Das Personal besteht überall aus dem Auditeur und dem Aktuar. — Der Sohn des verstorbenen Generals v. Radowicz, Rient. v. R., ist heute Abend als Attaché der Gesandtschaft in Konstantinopel dorthin abgereist.

— [Dividende der Preußischen Bank.] In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des engeren Ausschusses der Preußischen Bank ist die Dividende für 1860 auf 5½% festgesetzt worden. Es ist dies der niedrigste Ertrag, den die Geschäfte der Bank ihren Besitztümern seit einer Reihe von Jahren abgeworfen haben. Die Dividende hat betragen: für 1855 — 6½%; für 1856 — 8½%; für 1857 — 8½%; für 1858 — 7½%; für 1859 — 6¾%.

— [Die Stimmung in der Provinz Posen.] Man schreibt der "N. P. Z.": Im Regierungsbezirk und außerdem noch besonders im Kreise Czarnowitz liegt je eine Adresse an den Minister Grafen Schwerin, in welcher denselben der Dank der Deutschen jener Gegend für sein jetziges entschiedenes Auftreten den Anmaßungen der Polen gegenüber ausgesprochen wird. Besonders die zweite Adresse, durch die Vielen nicht zugängliche Fassung der ersten hervorgerufen, findet im genannten Kreise sehr viel Zustimmung und hebt auch mit Recht hervor, daß im Jahre 1848 die Haltung der Regierung manche Schuld an dem Unschlagreisen der Insurrektion getragen habe, während des Grafen Schwerin jegliche Entscheidlichkeit zu anderen Hoffnungen auf die Regierung berechtigt. In der That scheint auch die jetzige Haltung des Ministers der deutschen Bevölkerung des Großherzogthums den polnischen Untrieben gegenüber den Mut und das Vertrauen wieder gegeben zu haben, welche sie für ein einiges Zusammenhalten den Unruhen gegenüber bedarf, aber im vorigen Jahre gewiß nicht aus der damals ausgesprochenen Ansicht des Ministers des Innern über die Verhältnisse in der Provinz Posen entnehmen konnte. Uebrigens bleiben die Polen unausgefecht thätig, scheinen das Signal aber erst später zu erwarten. (Bgl. die Berl. (Corresp. D. Red.)

— [Beabsichtigte Trauerfeier.] Die hier verweltenen Polen hatten die Absicht, für die in Warschau gefallenen Soldaten einen Trauergottesdienst in der Hedwigskirche zu veranstalten. Die Geistlichkeit ging, wie die "Volks-Ztg." berichtet, Anfangs bereitwillig auf den Vorschlag ein und versprach, vorgestern um 10 Uhr eine feierliche Messe zu lesen, bald aber sah sie sich wegen "von ihr unabhängigen Rücksichten" genöthigt, ihr Versprechen zurückzuziehen.

Danzig, 9. März. [Beschlagnahme.] Einem Gerüchte zufolge soll am vergangenen Dienstag ein mit Nüssen und Süßfrüchten dekoriertes Schiff, welches Waffen für Polen einschmuggeln wollte, mit Beschlag belegt worden sein. (D. D.)

Köslin, 9. März. [Präsentation zum Herrenhause.] Am 27. Februar fand hier in Stelle des verstorbenen Landrates a. D. v. Gerlach, für den alten und bestreitigen Grundbesitz des Fürstenthums Kammin, unter Leitung des Landrates v. Gerlach, eine Neuwahl zum Herrenhause statt. Der Landrat a. D. v. Hellermann auf Karzin ward mit 30 Stimmen gegen 8, die dem Herrn v. Gerlach auf Parsoni zufielen, gewählt.

**Oestreich.** Wien, 8. März. [Tagesnotizen.] In Wien steht demnächst eine Reihe von Preßprozessen bevor. Herr Zang, der Redakteur der "Presse", führt Klage wegen Verleumdung gegen die Redaktionen des "Wanderer" und des "Vaterland", sowie gegen den Herrn Dr. Ciolich, der letztere klagt seinerseits gegen Herrn Zang. Die großen Aufgaben, welche die Journalistik in dieser Zeit zu erfüllen hat, lassen es wahrlich sehr wünschenswert erscheinen, daß dergleichen Prozesse unterblieben. — Dr. Landsteiner, Redakteur der "Morgenpost", hat gegen den wider ihn gesetzten Anklagebeschuß wegen Majestätsbeleidigung und Störung der öffentlichen Ruhe die Berufung an das Oberlandesgericht eingelegt, welches aber, wie die "Trib." mittheilt, derselben nicht stattzugeben befunden hat. Es ist demnach die Schlusshandlung in nächster Zeit zu erwarten. — Der Großherzog Leopold von Toscana leistete am 2. d. an dem Hauptsatze im großherzoglichen Schloß zu Schlackenwerth den feierlichen Eid als Bürgermeister dieser Stadt. Gleich darauf fand die Beidigung der Gemeinderäthe statt. — Am 26. v. M. schritten die Bewohner Moors, eines Marktes im Weizenburger Komitat, zur Wahl eines Deputirten für den Landtag. "Man befahl," ergäßt die "Presse", "den Wählern, darunter auch den Juden, auf das Strengste, im Gemeindehause bei der Wahl zu erscheinen. Was geschah nun? Die Juden, die sich bekennen ließen, dem strengen Befehle nachzufolgen und bei der Wahl zu erscheinen, wurden unter Zitterung des Gesetzes vom Jahre 1848 unter dem Hohngelächter der Spießbürgers aus dem Gemeindehause hinausgeschafft." — In Venetien war nach übereinstimmenden Mittheilungen die Aufnahme der neuen Gesetze eine ungünstige, infofern man sich um dieselben gar nicht kümmert. Die Regierung hat in Voraussicht dessen die Publikation einer Landesverfassung für Venetien auf einen geeigneten Zeitpunkt verschoben und den bestehenden Kongregationen, als zeitiger Landesvertretung, das Recht die Mitglieder des Reichstages zu wählen, übertragen.

Prag, 6. März. [Gebahren der Czechen.] Die czechische Historiographie hat den Beweis geführt oder hält sich wenigstens für überzeugt, ihn geführt zu haben, daß Böhmen rechtmäßig zu Deutschland nie gehört habe. Die Beziehungen zwischen Böhmen und Deutschland seien nie anderer als internationaler Natur gewesen. Ein rechtsgültiges Einreihen Böhmens in den Begriff deutscher Gesamtheit habe nie stattgefunden und könne daher bis auf den heutigen Tag von Seiten Böhmens nicht zugegeben werden. Die ultra-czechische Partei fordert bereits Folgendes: 1) Integrität der österreichischen Monarchie auf Grund der Verträge, selbstverständlich nur jener, welche der obige Historiker anerkennt, mit Ausschluß aller jener, die er ignoriert. 2) Aufgeben der deutschen Politik seitens der Regierung dieser Monarchie und selbstverständ-

liche Substitution derselben durch eine entschieden antideutsche, um nicht gerade herauszusagen, exclusiv slavische. 3) Autonomie der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien) mit obligater böhmischer Königskrone. Jedes deutsche Gemüth erhebend ist die Stellung, welche dem Deutschen in diesem Böhmen gnädigst zugewiesen wird. Nicht als Deutschen soll er sich fortan fühlen, sondern als einen Menschen, der zwar zufällig deutsch spricht, im Grunde aber nicht ein Deutscher, sondern nur ein deutschredender Czeche ist, etwa wie die Deutschen in der Schweiz und im Elsass nicht Deutsche, sondern nur deutschredende Schweizer und Franzosen sind. Höre es, Deutschland! So wagt man zu deinen echten, treuen Söhnen zu sprechen, in einem Lande, das du mit deinem Geiste erlacht und beschützt hast, dessen Kultur dein Werk ist! (R. Z.)

**Sachsen.** Dresden, 9. März. [Ordensverleihung.] Nach einem Telegramm des "Dresdner Journals" hat der Kaiser von Russland dem Könige und der Königin von Neapel den Militär-Georgsorden verliehen. Der Fürst Paschkiewitsch wird die Orden überbringen.

**Frankfurt a. M.**, 8. März. [Die Bundesversammlung.] hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Eröffnungsrede in Luxemburg beschäftigt, ein Felsenplateau von etwa ½ Magd. Meter, welches dem Bunde s. J. als Erbstück zugefallen ist, über dessen Besitz aber auch von anderer Seite seit 1829 (!) Ansprüche erhoben werden. Der BUND beharrt auf seinem guten Recht, will sich jedoch einem richterlichen Spruch unterwerfen. Sonst kamen einige Festungsbauangelegenheiten von nicht großem Belang und die üblichen Standeslisten vor.

**Mecklenburg.** Schwerin, 8. März. [Verurtheilung.] Man erinnert sich, daß im Oktober 1859 ungefähr 600 Rostocker Bürger und Einwohner eine Adresse an den Konsistorialrat Krabbe richteten, in welcher sie es für dessen Christenpflicht erklärten, die von ihm gegen den Professor Baumgarten erhobene Beihuldigung des geflügelten Eisbuchs zurückzunehmen, und daß auf Veranlassung des Justizministeriums deswegen eine gerichtliche Untersuchung gegen 18 der Beteiligten eingeleitet wurde. In dieser Sache ist nun das erste Erkenntniß publiziert worden. Nach denselben sind der Prof. Baumgarten selbst in 30 Thlr. und sieben andere Angeklagte (der Guisbesitzer Dethloff auf Karlsruhe, der Advokat N. Lange, drei Kaufleute und zwei Lehrer) in je 20 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden. Die übrigen zehn Angeklagten sind einzweilen von der Instanz freigesprochen. Die sämmtlichen Beteiligten haben das Rechtsmittel der Revision angemeldet. Außerdem haben dieselben sich in einer Eingabe an das geistliche Ministerium zu Rostock gewandt und dasselbe aufgefordert, sich dieser Sache anzunehmen und zur Herstellung des Friedens in der Gemeinde zu wirken. Zur Zeit der Urheilspublication, welche am 26. v. M. auf dem Rathause stattfand, hatten sich in der Halle des Rathauses und auf dem Neuen Markt zahlreiche Bürger der Stadt versammelt, welche die Angeklagten bei ihrem Heraustritt mit lebhaften Aufflammungen begrüßten und dem Prof. Baumgarten ein donnerndes Hoch brachten. (H. N.)

**Großbritannien und Irland.**

London, 7. März. [Tagesbericht.] Auf einem Meeting sehr einflußreicher und hochgestellter Personen, bei welchem Lord Lyveden präsidierte, und dem außer Lord Palmerston und anderen Kabinetsmitgliedern viele Herren aus beiden Parlamentshäusern, aus der Armee und Flotte bewohnten, wurde vorgestern beschlossen, dem hochverdienten General Sir James Outram ein entsprechendes Ehrengebschenk zu überreichen. Das Weitere ist vorerst einem Ausschuß übertragen worden. — Die Arbeitsaufstellung der Baumwollenarbeiter im Blackburner Bezirk wird allem Anschein nach gütlich beigelegt werden. Eben hat sich der bei weitem größere Theil der Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit verstanden.

Mit der "Morning Chronicle" ist wieder eine Veränderung vorgegangen. Sie wird von nächster Woche an in die Reihe der Pennyblätter treten und heißt dies ihren Lesern selbst mit, mit dem Bemerk, diese Ankündigung sei um so nothwendiger, als das Blatt fortan "von allen jenen Verbindungen gelöst sei, die in der letzten Zeit seine Haltung bestimmt haben". Das würde also heißen, das Blatt habe aufgehört, bonapartistisch zu sein. Von welcher Seite der Kontrakt gelöst worden ist, weiß man nicht, eben so wenig, welcher Partei dieses älteste aller Londoner Tagesblätter fortan dienen wird. — Das Hauptgespräch des Tages bildet ein skandalöser Cheprozeß, der in Dublin verhandelt wurde, und in welchem es sich um Bigamie, Verführung und andere Schlechtigkeiten eines Artilleriemajors Namens Velerton, präsumtiven irischen Pairs und Avonmore, handelt. Es wurde gegen ihn entzweit, und darüber herrscht allgemeine Freude im Lande. Die Dubliner haben der unglücklichen Betrogenen sogar die Pferde ausgespannt, um sie vom Gerichtshofe nach ihrer Wohnung zu ziehen. — Das nächste in der Reihe der Freskobilder, welche bestimmt sind die große Galerie im Parlamentsgebäude zu schmücken, ist das Zusammentreffen Wellingtons und Blüchers am Schlachttage von Waterloo zum Gegenstand. Maclise ist mit der Ausführung betraut und der Karton ist vollendet. Als Seitenstück malt Herbert den Tod Nelsons, so daß die beiden größten Schlachten, die England in diesem Jahrhundert zu Lande und zur See gefochten hat, einander gegenüberstehen werden. — Im Namen der Lithographen Day and Sons und Ludwig Rossuths sind ihre Advokaten Wilkins und Simpson um die Erlaubnis eingekommen, den Kaiser von Oestreich als Kläger anzuhalten, daß er vorerst Bürgschaft für

die eventuellen Prozeßkosten stelle. Der Botschafter hat sie ange-  
wiesen, diesen Antrag heute zu stellen. — General Türr hat, wie es  
heißt, die Versicherung hier abzugeben, daß Garibaldi, eben so wie  
Gadour, vorerst allen feindlichen Plänen gegen Venetien entgeg-  
tzt habe. — Es ist neuerdings der Plan angeregt, den Themse-Tunnel,  
der sich nie rentirt hat, einer Eisenbahngesellschaft zu verkaufen, die  
auf diesem Wege eine Schienenverbindung zwischen beiden Flus-  
sfern herstellen will.

### Frankreich.

Paris, 8. März. [Die Adressenbatten; die aus-  
wärtigen Fragen.] Die Debatten im Senat über den Adressen-  
entwurf sind vorüber, und das Projekt ist mit wenigen Modifika-  
tionen in der gestrigen Sitzung angenommen worden. Bemerkens-  
wert ist die Aufnahme desjenigen Amendments, welches an Stelle  
der Worte „Sardinien möge eingedenk der Schlacht von Magenta  
und Solferino den Papst schützen“, den Satz bringt: „die Schlachten  
von Magenta und Solferino verpflichten Sardinien u. s. w.“ Der  
Hauptschlachttag war Mittwoch; an diesem Tage kam der von dem  
Herzog von Padua und dem General Gœmeaux gestellte Antrag über die  
Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes zur Verhandlung.  
Gegen denselben sprach der Graf Casabianca, ein Mitglied der  
Majorität der Adresskommission, und machte die Senatoren darauf  
aufmerksam, daß sie gewissermaßen durch die Annahme des Amend-  
ments ein Misstrauensvotum gegen die Regierung aussprechen  
würden, welche sich mit Energie gegen seine Aufnahme in die Adresse  
erklärt habe. Auch der Präsident des Staatsrats Barroche sprach  
dagegen; seine Rede war die zweite Auflage des Villaultschen Vor-  
trages. Auch er hob hervor, wie der Kaiser seit 12 Jahren Alles  
gethan, um den Papst auf seinem Throne zu erhalten, und wie  
gerade seine Bemühungen um die Sicherheit des heiligen Vaters  
die besten Garantien gaben, daß er ihn ferner nicht verlossen werde.  
Den Glanzpunkt des Tages bildete indessen die Rede des Senators  
Barthe, ersten Präsidenten des Kassationshofes. Dieser gehörte der  
Minorität in der Adresskommission an, d. h. zu Densingen, welche  
eine schärfere und klarere Sprache in der Frage gewünscht hatten.  
Er sah die Gründe zusammen, welche eine Aufrechterhaltung der  
weltlichen Gewalt des Papstes nicht für Frankreich allein, sondern  
für die ganze katholische Christenheit als eine Nothwendigkeit er-  
scheinen ließen. Barthe gehörte unter der Restauration zu den lei-  
denschaftlichsten Liberalen; die Regierungsblätter jener Zeit nennen  
ihn stets den „Carbonari“. Unter Louis Philippe blieb er  
dem Ministerium treu und gehörte zu den Anhängern Guizots,  
welcher Farbe er auch jetzt angehört. Bei der Abstimmung ergab  
sich eine Majorität von 19 Stimmen gegen das Amendment.  
Während der gestrigen Sitzung, in welcher die letzten Paragraphen  
der Adresse berathen wurden, fand gleich zu Anfang eine heftige  
Szene statt. Graf Séguir d'Aguesseau, der bekanntlich in den Bü-  
reau's eine sehr heftige Rede gegen den Prinzen Napoleon gehalten,  
griff außerordentlich lebhaft und in den stärksten Ausdrücken denselben  
an, als er den Kardinal Erzbischof von Paris, welcher das Wort erhalten,  
in seiner Rede unterbrach. In Folge davon wurde Graf Séguir  
zur Ordnung gerufen. Es ist überhaupt fast komisch, wie wenig  
die Herren Senatoren sich an die Innehaltung vor parlamentarischen  
Gebräuchen lehren und oft gleichzeitig sprechen. Bedeutende  
Debatten kamen in dieser Sitzung nicht vor. Die Adresse wurde  
fast einstimmig (128 gegen 3) angenommen, und ist heute Freitag  
Nachmittags um 2 Uhr von 20 Mitgliedern dem Kaiser überreicht  
worden. Dagegen stimmten Marquis Larochejaquelin, Graf Séguir  
d'Aguesseau und der Kardinal von Besançon. Es ist eine auffallende  
Erscheinung, und spricht wenig für eine energische Durchführung  
ihrer Überzeugungen, daß die anderen Kardinäle sämtlich der  
Adresse ihre Zustimmung gegeben, die sie bekämpft hatten. Unter  
den Senatoren, welche die Adresse überreicht haben, finden sich keine  
Namen von politischer Bedeutung.

In den ersten Tagen der nächsten Woche beginnt die Verhand-  
lung im gesetzgebenden Körper. Dort wird es vorzüglich die bereits  
mitgebrachten Amendments J. Favre's, welche Veranlassung zu heftigen  
Diskussionen bieten können. Das Interesse liegt nicht in der  
römischen Frage diesmal; die Politik der Regierung ist im Senat  
so oft auseinandergesetzt worden, so weit man die Reden der Mi-  
nister als Auseinandersetzungen bezeichnen kann, daß der gesetzge-  
bende Körper wohl einföhren wird, wie wenig eigentlich dabei her-  
ausgekommen. Desto tiefer schneiden aber die anderen Amende-  
ments ein, und diese Verhandlung ist gewissermaßen der Prüfstein,  
ob das Corps legislatif seiner Aufgabe gewachsen ist, die darin be-  
steht, durch Energie und Konsequenz aus dem Schatten der Frei-  
heit, den die Dekrete vom 24. November der Nation gegeben ha-  
ben, etwas Lebensfähiges zu machen. — Die auswärtige Politik  
bietet wenig Neues. Man glaubt hier annehmen zu sollen, daß den  
Polen seitens der russischen Regierung Zugeständnisse gemacht  
werden. Diese ließen mit Entschiedenheit auf ein inniges Zusam-  
mengehen des Kaisers Alexander II. mit Napoleon schließen. Ich  
habe Sie schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß man  
einer russisch-französischen Allianz hier gern Glauben schenkt. Die  
von Warschau aus an den Kaiser gerichtete Adresse findet auch unter  
den hiesigen Emigranten Anfang; es ist ein Komité zusammengetreten,  
um Unterschriften zu sammeln. In England ist man be-  
reits weiter gegangen und hat einen Aufruf an das englische Volk  
seitens der dort lebenden Polen erlassen. — Privatberichte  
aus Italien melden, daß die piemontesische Regierung mit Hinsicht  
auf den möglichen Zusammenbruch des türkischen Reiches die An-  
sprüche der sardinischen Könige auf Cipern geltend machen will,  
und demzufolge einige Rechtsgelehrte beauftragt seien, ein Gut-  
achten darüber aufzustellen. Zugleich meldet man, daß am 14. d.  
die Kammer das Gesetz erlassen werde, welches Victor Emanuel  
den Titel König von Italien verleiht. Wenn einzelne Korrespon-  
denz hinzufügen, am Nachmittage desselben Tages werde der Älteste  
des diplomatischen Corps bei der Hoffstafel die Gesundheit des neuen  
Königs von Italien ausbringen; so brauche ich Sie kaum darauf  
aufmerksam zu machen, daß ein solches Verfahren gegen jede diplo-  
matische Etikette verstößt, da einmal die Gesandten nicht mehr be-  
glaubigt sind, sobald eine so wesentliche Veränderung mit dem Ti-  
tel des Königs vorgegangen, dann dieselben aber jedenfalls, ehe sie  
sich derartig aussprechen können, die Instruktionen ihrer Regierun-  
gen eingeholt haben müssen. Es ist mit ziemlicher Sicherheit an-  
zunehmen, daß vorläufig die Veränderung des Titels dem Aus-  
lande gegenüber wenig accentuiert werden wird.

Bon Seiten des Kardinals Antonelli ist eine Depesche an den

hestigen Geschäftsträger des Papstes eingelaufen, welche sich über  
die Broschüre Lagueronières ausläßt und erklärt, es sei unmög-  
lich, daß der Papst und Victor Emanuel gemeinschaftlich in Rom  
existiren könnten. Man hatte hier die Absicht gehabt, die Rede des  
Prinzen Napoleon, welcher übrigens nach dem 15. d. M. seine Reise  
nach Italien antreten wird, auf der Straße zu verkaufen, wie dies  
stets mit bedeutenden offiziellen Aktenstücken der Fall ist; es ist in-  
dessen auf Befehl des Kaisers unterblieben, welcher durchaus den  
Anstrich vermeiden will, als ob der Prinz irgendwie im Auftrage  
der Regierung gesprochen habe. Dies würde auch jedenfalls die  
Antwort hervorheben, welche Napoleon auf die österreichische Note  
über diese Rede ertheilen würde — wenn diese Note existierte; bis  
daher ist es eine müßige Erfindung, wenn es heißt, Österreich habe  
durch den Fürsten Metternich Ausklärungen über die revolutionäre  
Tendenz jenes Vortrages gefordert.

Paris, 7. März. [Tagessbericht.] Der Kaiser soll  
mehreren Deputirten seine Absicht kundgegeben haben, das Mandat  
der gegenwärtigen Mitglieder des gesetzgebenden Körpers abzufü-  
gen und schon für den nächsten Sommer neue Wahlen ausschreiben  
zu lassen. — Nach einer aus Turin eingelaufenen Depesche unter-  
zeichnet man gegenwärtig dort eine Adresse, um den Prinzen Na-  
poleon wegen seiner im Senate gehaltenen Rede zu beglückwünschen.  
— Die syrische Frage wird bald eine, wahrscheinlich aber nur  
provisorische, Lösung erhalten. Man vernimmt, daß Herr Thou-  
venel Lord Cowley erklärt habe, Frankreich wolle es daraus an-  
kommen lassen und bei Ablauf der von der Pforte und England  
festgesetzten Frist seine Truppen aus Syrien zurückziehen. Eine  
nicht unbedeutende Zahl von Maroniten ist entschlossen, mit den  
Franzosen aus Syrien abzuziehen und sich in Algerien niederzu-  
lassen. — Die Sache des Herrn Mirès soll gegenwärtig sehr schlecht  
stehen. Es ist au secret im strengsten Sinne des Wortes. — Dem  
Bischof von Poitiers ist bereits der Bericht des Staatsprokurator  
zugestellt worden, durch welchen die Berufung an den Staatsrath  
gekündigt werden soll. — Gestern fand in der Kirche von St.  
Germain-l'Auxerrois die Leichenfeier des Grafen Tascher de la  
Vigerie statt. Die Kirche war schwarz bedeckt und mit den  
Wappen des Grafen geschmückt. Ein prächtiger Katafalk erhob  
sich in der Mitte der Kirche von mehreren Reihen Kandelabern  
und Kerzen umgeben. Der Ehrendienst bei dieser Ceremonie ver-  
suchten mehrere Bataillone des 34. und 56. Infanterieregiments.  
Unter den Anwesenden bemerkte man den Kardinal Erzbischof von  
Bordeaux, die Marschälle Reynault v. Saint-Jean d'Angely,  
Caurobert und Magnan, Herrn Bould, den Herzog von Bizenza,  
den Marquis v. Larochejaquelin, Geckerten ic. Der Leichnam  
wurde nicht hier beerdig, sondern geht heute, zufolge dem letzten  
Willen des Verstorbenen, nach München ab, um dort in einer  
Familiengruft beerdig zu werden. — Der türkische Gesandte hat  
sich über die von Dupin im Senat gehaltene Rede beschwert. Wie  
„Pays“ und „Constitutionnel“ berichten, wäre ihm erwidert wor-  
den, die Regierung sei nicht für die Auszehrungen der einzelnen  
Redner verantwortlich. — Man will hier von einer Annäherung  
zu Rylands an Österreich wissen. — Ein Artikel des „Journal des  
Débats“ über Syrien greift England und die Türkei an und be-  
langt zu dem Schlusse, falls die Mächte nicht in eine Verlängerung  
der Okkupations Syriens willigten, werde Frankreich, gestützt auf  
die Kammern, auf eigene Faust nach Syrien gehen. — Graf  
Kissileff hat gegen die „allzu polnische“ Färbung der gestrigen  
Warschauer Korrespondenz in der „Patrie“ Beschwerde geführt.  
— Das „Pays“ glaubt versichern zu können, daß die von engli-  
schen Journalen gebrachte Nachricht, der Bischof von Pecking sei  
auf Befehl des Kaisers von China aus der Hauptstadt vertrieben  
worden, vollkommen falsch ist. — Eine Division der Expedition  
nach Cochinchina ist am 25. Januar unter den Befehlen Bassovigne's  
aus den chinesischen Gewässern abgegangen. Der Angriff soll am  
10. Februar eröffnet werden. — Herr v. Lamartine ist von Macon  
nach Paris zurückgekehrt und gegenwärtig mit der Veröffentlichung  
seiner sämtlichen Werke beschäftigt. — Der Gemeinderath hat  
in seiner letzten Sitzung sich entschieden, das Hotel Alba in den  
Clyätischen Feldern für 5,027,000 Frs. anzukaufen. Das Hotel  
wird auf den Wunsch der Kaiserin niedergeissen und der nackte  
Platz der Stadt überliefert werden. Selbst der Garten mit den  
großen Bäumen soll nicht verschont werden.

Paris, 8. März. [Tagessbericht.] Heute empfing der  
Kaiser die mit der Überreichung der Adresse betraute Deputation  
des Senates. An der Spitze derselben befand sich Herr Troplong,  
der dem Kaiser die Adresse vorlas. Der Kaiser, von den Ministern  
und seinem ganzen Hofe umgeben, befand sich im Marstallsaal.  
Er dankte den Senatoren für die Billigung seiner inneren und äu-  
ßeren Politik und für das Vertrauen, daß sie in ihm seien. — Die  
Prinzessin Clotilde begibt sich nächsten Montag nach Turin, um  
der Proklamation ihres Vaters zum König von Italien beizuwoh-  
nen. — Nach Berichten aus Madrid bemüht sich gegenwärtig der  
bisherige spanische Botschafter am römischen Hofe, Herr Rios Ro-  
sas, das jetzige Ministerium zu stürzen. Sein Kabinett besteht be-  
reits auf dem Papire und ist aus folgenden Personen zusammengesetzt:  
Cantora, Condin, A. Martinez und Cortina. — Bei Graf  
Siméon wurde gestern eine Haussuchung abgehalten. Man forsche  
im Auftrage der Untersuchungsbehörde nach gewissen, auf die An-  
gelegenheit Mirès' bezüglichen Papieren. — Herr Mocquard soll  
beabsichtigen, seinen Posten als Kabinetschef des Kaisers niederzu-  
legen. Sein Nachfolger wäre, wie man vermuten will, Hr. de la  
Gueronnière. — Es ist wiederum von einer Vermehrung der Mi-  
glieder verschiedener Sektionen des französischen Instituts die Rede;  
dieses Mal, wie es heißt, aus dem Grunde, weil das Gebiet und  
die Bevölkerung Frankreichs durch die Annexion von Savoyen und  
Nizza vergrößert worden sei. — In Notre Dame des Victoires  
soll dieser Tage ein Trauergottesdienst für die in dem Warschauer  
Tumult Gebliebenen abgehalten werden. — Einiger Marseiller De-  
pesche zufolge wird der Prinz Napoleon etwa in zehn Tagen nach  
Italien abreisen. Er wird sich auf seiner Yacht einschiffen. — Eine Aus-  
hebung von 1000 Seeleuten ist in dem Umkreis von Toulon angeordnet worden. Die Hälfte derselben ist bestimmt, die Matrosen  
zu erlegen, welche mit der Expedition in China ihre Dienstzeit  
beendet haben.

Paris, 9. März. [Überreichung der Senatsadresse.] Der heutige „Moniteur“ theilt mit, daß der Kaiser die Deputation  
des Senats empfangen und auf die ihm überreichte Adresse folgen-  
des erwidert habe: Ich habe den Kammern das Recht gegeben, die

Alte der Regierung frei zu prüfen, damit das Land über die großen  
Fragen, welche die Geister bewegen, aufgeklärt werde. Die Diskus-  
tion mußte dem Lande beweisen, daß wir keine der entgegensehen-  
den (?) Interessen, welche man wahren mußte, aufgegeben haben.  
Meine Politik wird immer fest, loyal und ohne Hintergedanken sein.  
Ich danke dem Senate, daß er die Vergangenheit gebilligt und zur  
Zukunft Vertrauen hat. (Tel.)

Paris, 10. März. [Telegr.] Die „Presse“ veröffentlicht  
ein aus Paris datiertes Schreiben des Generals Klapka und des  
Obersten Türr, in welchem die Ungarn benachrichtigt werden, daß  
österreichische Agenten für die bevorstehenden Wahlen eine Bewegung  
hervorzurufen suchen. Sie bitten die Ungarn, Schritte zu verhin-  
dern, welche deren Hoffnungen kompromittieren würden.

### Italien.

Turin, 4. März. [Polemik gegen Frankreichs  
Politik.] Die mazzinistische „Unita Italiana“ äußert sich mit  
großer Erbitterung gegen den angeblichen Plan, Italien zur Mit-  
wirkung an Napoleons Absichten auf die Rheingrenze zu bestimmen.  
„Es wäre dies ein neues Verbrechen,“ sagt sie, „das, wenn man  
je auf diesen Plan einginge, die Italiener mit neuer und drückender  
Sklaverei büßen müßten. Es wäre ein wahres Verbrechen,  
sich gegen die Freiheiten Dritter mit einem anderen zu verbinden.“  
Die „Unita“ vom 28. Februar enthält Eingangs unter dem Titel:  
„Italia e Germania“ einen Artikel, in welchem sie sich gegen den  
französischen Imperialismus ausspricht, der auf nichts Anderes  
sinne, als auf die eigene Machthaltung. „Schiedsrichter Frank-  
reichs, suchte er Frankreich zum Schiedsrichter Europas zu machen.  
Die Macht der gegnerischen Regierungen werde durch Volksaus-  
wiegung untergraben, und die Kraft der Völker durch Verbindun-  
gen, die gegen die konzentrierte Einheit des französischen Reiches  
nicht vermögen.“

[Tagessnotizen.] Die offizielle Zeitung meldet, daß in  
der Nacht vom 3. auf den 4. das sardinische Gesandtschaftshotel in  
Pera abgebrannt ist. Die diplomatischen Archive sind verloren ge-  
gangen, dagegen wurden die Konsulararchive gerettet. — Am 1.  
März hat Baron Nicasoli von den Loscanern in einer Proklama-  
tion Abschied genommen. — Die Befestigungsarbeiten in Rocca  
d'Anfo sind ihrer Vollendung nahe, und das dortige Kastell wurde  
bereits mit ungefähr 20 Kanonen versehen. — In der Nähe von  
Salo (am Gardasee) liegen zwei sardinische Schraubendampfer vor  
Anker, und zwei andere sind am 15. v. Mts. nach der Insel Lechi  
abgegangen, um dort mit Kupfer belegt zu werden. — Die Insel  
Lechi wurde ebenfalls stark befestigt und mit ca. 30 Stück Kan-  
onen schweren Kalibers armirt. — Die „Sentinella Bresciana“  
vom 2. März meldet, daß am vorhergehenden Tage die „Rhe-  
gia“ durch eine kleine Volksmeute gestört worden sei, welche von  
katholischen Geistlichen gegen die vor Kurzem eröffneten protestan-  
tischen Schulen angestiftet wurde. — Die offizielle Zeitung von  
Parma vom 3. März schreibt, daß drei Klassen des Heeres und alle  
Freiwilligen, welche ihre Kapitulationszeit erstanden haben, definitiv  
entlassen werden. Auch sollen die Arbeiter in den Zughäusern  
in einigen Tagen verabschiedet werden.

### Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Einige Tage nach seiner Ankunft in Rom empfing König  
Franz II. den General Goyon und das französische Offizierkorps.  
Bei dieser Gelegenheit hielt der König laut der „Union“ folgende  
Arede: „General! In dem Augenblick, als ich Neapel verließ, be-  
griff ich, wie unrettbar meine Lage sei. Indem ich mich am Bol-  
turno und Gargliano vertheidigte, indem ich mich in Gaeta ein-  
schloß, war mein einziger Gedanke, so viel ich vermochte, die Ehre  
der Armee, des Landes und meiner Familie zu rächen. Als Soldat  
glaube ich meine Pflicht erfüllt zu haben, und ich bin stolz darauf.  
Heute will ich alle diejenigen, welche die Ursache so vieler Leid sind, ver-  
geßen und nur das edle Andenken an meine tapferen Waffengefähr-  
ten bewahren, die zu diesem Zwecke Alles geopfert haben, und es ist  
mir leid, daß ich mich von ihnen trennen mußte.“

Der „Cittadino d'Asti“ meldet: Die Bewohner von Biterbo  
haben an die Abgeordnetenkammer eine Flugschrift gerichtet, worin  
sie den Wunsch aussprechen, an das italienische Königreich annexiert  
zu werden.

Die „Gazzetta Militare“ meldet, daß das Kriegsministerium  
die vollständige Entwaffnung der Insel Pianoza und die gänzliche  
Verstörung der Befestigungswehr von Gaeta beschlossen hat.  
Destreichischen Blättern wird aus Turin, 6. März, telegra-  
phiert, daß die Nachrichten aus Neapel ungünstig laufen. Die Re-  
gierung begegne groben Schwierigkeiten, die Gesetze bleiben totte-  
dem übrigen Italien ist beinahe ganz unterbrochen. Die Beamten,  
der Regierung feindlich gesinnt, bereiten dieser in allen Zweigen der  
Verwaltung große Verlegenheiten; das Projekt des Ministers des  
Innern bezüglich der administrativen Reorganisation Italiens sei  
im Druck.

Der „Nouvelliste de Marseille“ theilt ein Schreiben des in  
den Abruzzen die neapolitanischen Streitkräfte kommandierenden  
Grafen v. Görlagon mit, in welchem dieser dem Kommandanten  
der piemontesischen Streitkräfte seinen Rückzug mit dem Bedenken  
angezeigt, König Franz habe ihm zur Verhütung weiteren Blutver-  
gießens anbefohlen, die Abruzzen zu verlassen, was er, seiner  
Pflicht gehorchn, sofort, aber mit widerstreitendem Herzen thue.  
Das Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Sie finden alle  
Namen der großherzigen Offiziere unterzeichnet, die seit zwei Mo-  
naten immer siegreich in den Abruzzen unter Entbehrungen und  
Opfern, wie sie nur selten in der Kriegsgeschichte vorkommen, ge-  
gen piemontesische Übermacht und Tyrannie gekämpft haben.  
Vergleichen Sie diese Namen mit den Namen derjenigen, die täg-  
lich auf den Wegen der Revolution einhergehend, das Märchen  
von Raub und Mord, dessen sich die Unteren schuldig gemacht  
haben sollen, verbreitet, und überlassen Sie sodann die Entschei-  
dung der Nachwelt. Oricola, 22. Februar 1861. (Folgen die  
Unterschriften.)

Der größere Theil des von Sonnaz befehligen mobilen Corps  
ist nach Neapel zurückgekehrt, nachdem die Bewegung in den Abruz-  
zen vorläufig so gut wie unterdrückt ist.

Durch Besluß der Statthalterchaft der neapolitanischen  
Provinzen wird die Vertheilung von einer Million Eires unter die  
Armen vorgenommen.

Das Kabinett der Statthalterchaft in Palermo hat neuer-

dings Veränderungen erlitten. Orlando und Marchesi haben ihre Entlassung genommen; Amari vereinigt die Portefeuilles des Innern und der Finanzen, Advokat Santocanale übernimmt Justiz, Kultus und Unterricht; Sant' Elia und Carini behalten ihre bisherigen Portefeuilles der öffentlichen Arbeiten und Sicherheit.

General Fergola hat die Aufforderung zur Übergabe der Zitadelle durch folgendes Schreiben beantwortet: „Königliche Zitadelle, 19. Februar 1861. Mein Herr! Ich glaube das, was Sie mir in Ihren Zuschriften vom 14. und 17. d. über die in Folge des traurigen Ereignisses der Explosion von Pulvermagazinen herbeigeführte Übergabe Gaeta's mitgetheilt haben, und ich beeche mich zugleich, zu bemerken, daß ich mich deshalb nicht veranlaßt sehe, diese königliche Festung zu übergeben, da mir hierüber von Sr. Majestät dem Könige kein Befehl zugekommen ist. In Folge dessen fühle ich mich verpflichtet, Ihnen als Soldat von Ehre anzugeben, daß ich die Festung verteidigen werde mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln, bis alle Hülfsquellen einer ehrlichen Verteidigung erschöpft sind. Marshal le Camp Kommandant Fergola.“

Wie dem „Constitutionnel“ telegraphiert wird, hat der Kommandant der Zitadelle von Messina einen Tagesbefehl an die Besatzung erlassen, worin er den Muth der Soldaten dadurch anzuregen sucht, daß er von Hoffnung baldiger Rückkehr des Königs Franz nach Neapel spricht.

Die Garnison der Zitadelle Messina's besteht aus dem 5., 7.

und 8. Linienregimente, 7. Kompanien Pionieren und einigen Kompanien Artillerie.

### Ausland und Polen.

Petersburg, 1. März. [Die Bauernemancipation.] Die neueste Nummer von Herzens „Kolokol“ berichtet über die beiden ersten unter dem Vorst. des Kaisers gehaltenen Sitzungen des Reichsraths in der Bauernemancipationsfrage. Wir theilen daraus Folgendes mit: In der Sitzung des Ministerrathes und der Mitglieder des Bauernkomite's vom 7. Februar dankte der Kaiser der Majorität der Mitglieder, die für das Projekt der Redaktionskommission gestimmt hatten, besonders dem Großfürsten Konstantin, den er dafür küste. Der Kaiser erkannte die gründliche Arbeit der Redaktionskommission rühmend an und sagte in sehr entschiedener Weise, daß er jedem volle Freiheit sich auszusprechen gestatte, jedoch keinen weiteren Aufschub dulde und die Emancipation am 27. Februar (11. März) erledigt wissen wolle. Er schloß mit den Worten: „Ich wünsche, ich fordere, ich befahle es“, und sprach diese Worte mit keiner drohendem Ausdruck. Den Ministern empfahl er, ihre persönlichen Ansichten dem allgemeinen Willen unterzuordnen, denn der Bauernstand, das sei sein sicherer Entschluß, müsse fortan, wie vor der Zeit des Kaiserthums, einen einzigen, denselben Gesegen der gewöhnlichen Staatsgewalt unterworfenen Stand bilden, und über die Angelegenheit der gesammten ländlichen Bevölkerung des Reiches ein neues Spezialkomité zusammengelegt werden. Der betreffende Plan dazu wurde hierauf vom Staatssekretär Buttkoff verlesen. Hier warf Murawiew ein, von einem solchen Plane habe er früher nie etwas gehört, worauf ihm der Kaiser sehr trocken erwiderte, daß er darüber gar nicht nachzudenken, sondern sich bloß mit der Ausführung zu befassen habe. Murawiew war über diese Worte nicht wenig bestroffen, und sagte beim Hinausgehen aus dem Saale zu einem seiner Kollegen: „Mir scheint, ich werde meine Entlassung nehmen müssen. Woraus aber lange nicht folgt, daß er diesen Entschluß ausführen wird.“ — In der zweiten Sitzung vom 9. Febr. erklärte der Kaiser der sehr heftigen Opposition wiederholte, daß er die Wesenheit der Vorschläge nicht zu ändern gestatte; die Details zu modifizieren, überlässe er jedoch den Mitgliedern. Graf Sergius Stroganoff fragte darauf hin den Kaiser, was unter „Details“ verstanden sein sollte. „Ich glaube“, erwiderte der Kaiser, „daß Sie Sich an meine Worte klammern. Der Sinn meiner Rede ist doch wahrhaftig nicht mißzuverstehen.“ Der Minister Gortschakoff sprach sehr lange und verworren, bis ihn der Kaiser ungeduldig mit den Worten unterbrach: „Aber was wollen Sie denn eigentlich?“ Ein freundliches Einvernehmen, erwiderte Gortschakoff, mit dem Bemerk, daß er mit der Redaktion der Kommission unzufrieden sei. „Aber diese Kommission“, sagte hierauf der Kaiser, „existirt ja gar nicht mehr, es ist daher überflüssig, Sie zu tadeln.“ Als Kuriosum ist schließlich zu bemerken, daß der Generalgouverneur von Petersburg, Ignatoff (der Vater des Generalen in China), den Vorschlag gemacht hatte, ein Bataillon Soldaten vor der Thür des Staatsrathes aufzustellen. Der Kaiser sollte damit erschreckt werden, aber dieser durchschaute den Plan und lehnte den Antrag dankend ab. — Am 25. Februar hat, wie der „Kölner Tag.“ aus Petersburg gemeldet wird, die letzte Sitzung des Reichsraths stattgefunden. Der Kaiser hat darin wieder eine lange Rede gehalten, und mit ziemlich starfer Stimmenmehrheit ist schließlich Folgendes festgestellt worden: Die Leib-eigenen erhalten ihre persönliche Freiheit; das bisherige Verhältnis zwischen Grundherren und Bauern hat auf einmal ein Ende; die Bauern bekommen Haus und Rückengarten zu freiem Eigenthum und für einen von der Regierung festgelegten Preis ein Stück Land zur Feldarbeit angewiesen. In der Landanweisung (nadiel) hat der Reichsrath indessen nur das Viertel von dem gewährt, was die Redaktionskommission vorgeschlagen, je nach den verschiedenen Gouvernementen 1—2 Dritteln (circa 8—16 Morgen) pro Seele. Das kaiserliche Manifest ist bereits in einigen Hunderttausenden von Exemplaren gedruckt.

Warschau, 9. März. [Illumination; Finanzmaßregelw.] Neben die Illumination am 3. d. dem Jahrestage der Thronbesteigung des Kaisers Alexander, wird dem „Gas“ von hier geschrieben: „Diesmal wurde diese Illumination nicht, wie sonst, von der Polizei anbefohlen, sondern die Polizeidienner gingen nur von Haus zu Haus und erinnerten an die Jahresfeier. Abends waren die Regierungssäle erleuchtet, und auch viele Privathäuser hatten sich dem herkömmlichen Brauche angegeschlossen, besonders die, deren Eigentümer nicht anwesend waren. Die jungen Leute riehen dazu, der amtlichen Aufforderung Genüge zu leisten. Nebrigens verhielt sich die Bevölkerung nur ganz passiv, und die Nacht ging ruhig vorüber.“ — Der „Gas“ vom gestrigen Tage theilt mit, daß die polnische Bank mehrere Millionen, der Intendantur gehörig, in russischen Papieren aufbewahre, zu deren Umtausch sie nicht verpflichtet. Da auf die Forderung der Regierung die Bank die Auszahlung des Papierbetrages in Baar verweigerte, so umzingelte Militär das

Bankgebäude und nahm den erwähnten Betrag aus dem Metallvorrath. Dasselbe Blatt meldet weiter, daß die Säle des königlichen Schlosses in Kasernen umgewandelt würden.

[Die Warschauer Vorgänge.] Der Warschauer Korrespondent des „Gas“ bringt folgende, von ihm verbürgte Episode aus den Warschauer Begebenheiten. Der Dr. Chatubinski und der Kaufmann Schlenker zeichneten sich durch besondere Energie aus. „Das Volk“, rief Schlenker dem Fürsten zu, „hat das Blut auf den Straßen gelebt und wird sich nicht über beruhigen, bis es Genugthuung haben wird.“ Als der Fürst hinauf erwiderte, daß er sich zu sehr hinreizen lasse, antwortete Schlenker: „Seht, wo noch frisches Blut auf der Straße liegt, kann sich jeder hinreizen lassen.“ Im weiteren Verlaufe meint der Korrespondent, daß für den Fall einer ungünstigen Antwort des Kai-sers noch furchterliche Dinge sich ereignen werden.

Zur Ergänzung unserer letzten telegraphischen Depeschen theilen wir nach der Br. 3. Folgendes mit: Die Bürgerdelegation hat an 6. ihrer Funktion angetreten und hält täglich auf dem Rathause unter Vorst. des Generals Paulucci eine bis zwei Sitzungen. Wir hatten Gelegenheit, Einsicht in die ersten drei Protokolle zu bekommen, und theilen Ihnen das Interessanteste daraus mit. Mitglieder der Delegation sind: Kanonikus Wyszyński, General a. D. Jakob Lewinski, Kaufmann Melster, Xavier Schlenker, Bankier Leopold Kronenberg, Jakob Piotrowski, August Trzetrze-wski, Tytus Chakubinski, Schuhmachermeister Stanislaus Chlupanski, Bankier Matthias Rosen, Photograph Karl Beyer, Redakteur der „Gazeta Codzienna“ J. J. Krajewski, Redakteur der „Gazeta Warszawska“ Joseph König, Theophil Piotrowski, Oberrabbiner Weissels, Karl Scholz, Rajetan Wilkowksi, Kaufmann Jakob Natanjohn, Schriftsteller Heinrich Krajewski, Heinrich Kujlowksi, Konstantin Fischer, Anton Tempecki, Anton Protowowski, Rechtsanwalt Dominik Zielinski. Die Delegation erfuhr ihren Vor-sitzenden, beim Fürsten Stathalter zu erwirken, daß die wegen politischer Vergehen definierten Personen sobald als möglich vor das Gericht gestellt und Jüris als Verteidiger für sie zugelassen werden möchten; daß endlich der Delegation ein Verzeichniß dieser Gefangenen mitgetheilt würde. Dies werde zur Beruhigung sehr vieler Familien dienen, welche über den Verbleib ihrer Angehörigen, die seit den Ereignissen der verflossenen Woche verschwunden seien, sich beunruhigen. Der Fürst Stathalter ist auf diese Anträge eingegangen. Der Delegation wurde ein Verzeichniß der wegen politischer Vergehen Verhafteten übergeben. Diese Liste enthält die Namen von 21 Personen, welche wegen des Verbrechens verbosteter Bücher und Lieder, wegen der Verbreitung von Plakaten, wegen Widergesetzlichkeit gegen Polizeibeamte am 25. v. M., wegen nachgewiesener Verbindung mit Microsawit, endlich wegen Begleitens des Publikums mit Schwefelaure um bei der Vorstellung im großen Theater, zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers, arrestirt worden sind. Joseph Cywinski, ehemaliger Offizier der russischen Armee, ist in Petrikau von den Schülern des adeligen Institutes, während dieselben Nachtpolizistendienst versahen, bei der Vertheilung von Waffen und Ausrüstung zur Ergebung betroffen, zur Haft und später nach der hiesigen Zitadelle gebracht worden. Die Delegation erachtet es als absolutes Erforderniß, daß eine Sicherheitskommission aus unbewaffneten, mit kleinen amtlichen Abzeichen versehenen Bürgern der Stadt organisiert werde. Hierauf hat der Fürst der Delegation erwidern lassen: er wolle genehmigen, daß im Falle der Dringlichkeit, sofern dieselbe von dem Vorsitzenden der Delegation anerkannt würde, die Hausbesitzer und Bewohner der Stadt zur Aufrechterhaltung der Ruhe und öffentlichen Sicherheit konstablierdienst versetzen. Die Delegation äußert endlich den Wunsch, daß die Polizeibehörde, im Falle sie außerordentliche Maßregeln zu treffen beabsichtige, hieron vorher die Delegation benachrichtigen möge, weil hierdurch zuweilen diese außerordentlichen Maßregeln vermieden werden könnten. Der General Paulucci war hiermit vollständig einverstanden und versprach dem Wunsche der Delegation vorlommenden Fällen zu genügen. In der Sitzung der Delegation vom 7. März eröffnete der Vorsitzende den Anwesenden, daß der Präsident der Untersuchungskommission in der Zitadelle Maßregeln getroffen habe, wonach zu den Untersuchungen wider politische Gefangene zwei Mitglieder der Delegation zugezogen werden würden. Der Antrag der Delegation auf Veröffentlichung ihrer Sitzungsprotokolle wurde abgelehnt, dagegen versprach der General Paulucci dem dahingebenden Wunsche der Delegation zu genügen, daß, da Niemand sich mit der Nichtentnahm der Gesetze entschuldigen dürfe, es aber hierfür erforderlich sei, die im Lande geltenden Gesetze zu kennen, da ferner seit langer Zeit politische Vergehen von Kriegsgerichten nach Gesetzen, die nie veröffentlicht und Niemandem bekannt seien, abgeurteilt würden, die Delegation bitten müsse, ihr diese Gesetze und Vorschriften zu kommunizieren. Auf die Anfrage der Delegation, ob die Gerichte, welche in der Stadt türkten, begründet seien, wonach die Behörde beabsichtige, auf den öffentlichen Plätzen der Stadt Buden zur Unterbringung von Militär aufzurichten, erklärte der Vorsitzende, daß er die offene Unterbringung von Soldaten in solchen Buden für geeigneter erachte, als ihre Aufstellung an versteckten Privatplätzen. Als Stellvertreter des Generals Paulucci wird in Behinderungsfällen nach der Wahl der Delegation der General a. D. Lewinski, funktionire. Ziennlich allgemein ist das Gericht verbreitet, daß in Petersburg und Moskau ebenfalls Unruhen ausgebrochen seien. Nach Warschau sind dergleichen Gerüchte nur auf Privatwegen gelangt, da in den Zeitungen dergleichen Mitteilungen, selbst wenn sie begründet wären, gestrichen würden. Ebenso unverbürgt ist die Nachricht, daß in Wilna, zu gleicher Zeit wie in Warschau, das Militär gegen das Volk eingegriffen ist; dort soll sogar mit Kanonen gefeuert worden sein. Die Stadt hat wiederum ihre gewöhnliche Physiognomie angenommen, nur sind noch die Trauerzeichen an Ledermann sichtbar. Auf die Börse haben die jüngsten Ereignisse deprimierend eingewirkt. Die Kaufleute klagen über man gelnden Absatz, nur die Krepphändler machen ein gutes Geschäft. Viele Familien haben in Bejogniss für die Zukunft theilweise schon die Stadt verlassen, theilweise bereiten sie ihre Abreise ins Ausland vor. Als Beweis, wie die hiesige Regierung ganz und gar den Kopf verloren hatte, diene die Mittheilung, daß, als einer der hiesigen Konzilien an seine Regierung über die Vorfälle vom 27. v. M. eine Depesche aufgegeben wurde, man ihm die Annahme derselben verweigerte. Erst die Drohung, sofort bei dem Kaiser Beschwerde hierüber zu erheben, machte die Regierung nachgiebig und verhalf dem Konsul zur Annahme seines Telegramms.

### Dänemark.

Kopenhagen, 6. März. [Der Verfassungsentwurf für Holstein.] Eine telegraphische Depesche der „H. N.“ berichtet über den wesentlichen Inhalt der den holsteinischen Ständen gemachten Sonderverfassungsvorlage. Folgendes (vgl. Hamburg in der gestr. Ztg.): Die Gesetze werden vom Minister kontrahiert, der hierdurch für dieselben verantwortlich wird. Der König und die Stände können den Minister wegen Verfassungsverleugnung in Anklagezustand versetzen. Eine solche Anklage wird vom Oberappellationsgericht mündlich und öffentlich verhandelt. Die Beamten können nur mit Pension, die Richter nur durch Urtheilspruch verabschiedet werden. Die Beamten dürfen, ohne bei der Regierung um Erlaubnis nachzufragen, eine Wahl der Stände annehmen. Die Außerungsfreiheit wird gestattet, doch erst gleichzeitig mit einem der nächsten Ständeversammlung vorzulegenden Preßgesetze. Das Vereinsrecht zu gesetzlichen Zwecken ist frei. Vorläufige Verbote gegen Vereine müssen vor die Gerichte gebracht werden. Gefangene müssen binnen 24 Stunden vor den Richter gestellt werden. Alle Glaubensbekennnisse sind gleichgestellt. Die Stände treten alle zwei Jahre zusammen; wenn dieselben vom Könige aufgelöst werden, tritt die Neuwahl sofort, die Einberufung binnen 4 Monaten ein. Für die Sondereinnahmen und Ausgaben Holsteins wird ein Normalbudget aufgestellt. Die Stände beschließen Zulagebewilligungen zu diesem Normalbudget. Die Stände ertheilen durch ein Gesetz Decharge für die Finanzrechnung. Die Ständemitglieder können ohne Genehmigung der Stände weder verhaftet noch in Anklagezustand versetzt werden, ausgenommen wenn sie in flagranti be troffen werden, und sind für ihre Äußerungen in der Ständeversammlung unverantwortlich.

### Türkei.

Belgrad, 4. März. [Amnestie.] Telegraphisch wird gemeldet, daß in der Türkei den Flüchtlingen aus dem Paßchalik Niça Amnestie ertheilt und durch ein serbisches Birkular bekannt gemacht

worden sei, wenn sie die Gnade annehmen wollten, sollten sie sich am 10. d. an der Grenze versammeln.

Beyrut, 16. Febr. [Stand der Dinge in Syrien.] Der „Armee-Moniteur“ meldet: Eine Sache von großer Wichtigkeit ist ungeachtet der Aufrezzungen und Intrigen der Muselmänner zu Stande gekommen. Die Griechen der verschiedenen Sektionen haben sich unter sich geeinigt und verfolgen nun miteinander denselben Zweck. Die Mehrzahl der Griechen, hauptsächlich die orthodoxen Griechen sind mit den Maroniten über alle Punkte einig. Dieser Umstand kann eine ganz neue Situation für den Libanon herbeiführen und den Großmächten gestalten, daselbst einen dauerhaften Zustand der Dinge zu gründen. An dem Tage, an dem die Christen einsehen, daß ihre einzigen Gegner die Muselmänner sind, und daß es in ihrem Interesse liegt, einig zu bleiben, an dem Tage wird die syrische Frage gelöst sein.

### Vom Landtage.

#### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 8. März. [23. Sitzung.] Nach dem kurzen Sitzungsbericht in Nr. 55 geben wir heute die Verhandlungen ausführlich. Das Haus beginnt die Debatte über den Entwurf einer Anweisung für das Verfahren bei Ermittlung des Reinertrags der Eigenschaften. Bevorzugt anderweitige Regelung der Grundsteuer. Zur Generaldiskussion erhält zuerst das Wort Abg. Reichenberger (Geldern), um die große Schwierigkeit hervorzuheben, die sich einem gleichmäßigen Abhängigkeitswert entgegenstellen. — Der Reg. Kommissar erkennt diese Schwierigkeit an, glaubt aber, daß die Regierung durch das in der Instruction gegebene Verfahren diese Schwierigkeit belegt hat. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. — Die Abschnitte I. und II. (Aug. Grundsätze), (Ausführende Beamte und Kommissionen) d. h. die §§. 1—18 werden angenommen, nachdem Abg. v. Horbeck erklärt, daß er gegen diesen II. Abschnitt stimmen werde, weil im §. 13 die Hälfte der Bezirkskommission bildenden Mitglieder von dem Provinziallandtag gewählt werden soll, er aber den Provinziallandtag nicht für die geeignete Behörde halte. Ohne erhebliche Diskussion werden alle Anträge der Kommission bis zu §. 8 der Anweisung, in welcher die allgemeinen Grundsätze bei Abschaltung des Reinertrags der Eigenschaften enthalten sind, angenommen. Schon in der Kommission hatte dieser §. 8, welcher von den Grundgesetzen für die Abschaltung der Holzungen handelt, zu mehrfachen Abänderungen Anlaß gegeben. — Abg. v. Wedell (Nordhausen) hält es für hart, daß Grundbesitzer eine Steuer zahlen sollen, für die sie in keiner Nutzung eine Deckung haben in dem Falle, wo Holzgrundstücke in großer Ausdehnung wegen Mangels an schlagbaren Hölzern dem Besitzer für viele Jahre keinen Ertrag gewähren. Man könne ferner nicht nach dem Höhertrage, sondern doch nur nach dem Steintrage besteuern. — Der Reg. Kommissar bedauert, daß Abg. v. Wedell bei seiner genauen Bekanntheit mit der Materie nicht Vorschläge zur Abänderung gemacht hat. Als Holzungen sollen übrigens nur diejenigen Grundstücke abgeschlagen werden, die zur Holzsucht verwendet sind, was also noch Weide ist, wird nicht als Holzung abgeschlagen. Die Abschaltung ist allerdings schwierig, aber die gegebenen Normen sind ausreichend. — Abg. v. Wedell (Nordhausen) hält seine Ansicht aufrecht, er glaubt nicht an die Gleichmäßigkeit der Abschaltung. — Der Berichterstatter Ambronau führt aus, daß die Durchführung des Prinzips, die Ermittlung des Reinertrags nach den zeitigen Holzbeständen bewirken und eine solche von Zeit zu Zeit wiederholen zu lassen, geradezu unmöglich ist. Eine gleichmäßige alljährliche Einnahme aus Holzgrundstücken finde allerdings nicht statt, deswegen geachtet lasse sich eine solche erneut machen, indem der alljährliche Zufluss an Holz als der Ertrag anzunehmen und dieser dann nach Ablauf der Nutzungszeit zur Ausnutzung kommen; die Ertragsfähigkeit des Holzgrundstücks erscheine daher allerdings als ein Gegenstand der Belebung. — Der §. 8 nach der Kommissionsfassung wird angenommen. Der Antrag der Kommission zu §. 26 gibt dem Finanzminister zu der Bemerkung Anlaß, daß das ganze Abhängigkeitswerk durch die Herabelegung der Ertragsstufen nach unten hin gedrückt wird. — Der Antrag der Kommission wird angenommen, ebenso die zu den §§. 27 und 28 gestellten Anträge; die §§. 29 bis 31 werden angenommen. — Zu §. 32, welcher bestimmt, daß die Klassifikationstarife den Kreisvertretungen vorgelegt werden sollen, wünscht Abg. v. Bünke (Hagen), daß nicht bloß die Kreisvertretungen, sondern auch die zunächst Beteiligten, die Grundbesitzer, von diesen Tarifen Kenntnis bekommen, daß auch Letzteren Gelegenheit gegeben werde, sich über die Angemessenheit des Tarifs zu äußern, und etwaige Einwendungen machen zu können, damit Unrecht, wenn es noch Zeit ist, befehligt werde, ehe noch die Behörde das fait accompli vorbringen könne. Die Befugnisse, die man hier der Regierung in die Hand giebt, seien exorbitant. Aufgehalten und erweitert mag die Sache vielleicht durch Anhörung der Grundbesitzer werden, darauf darf es aber nicht ankommen. — Der Finanzminister hält das Amendment keineswegs für eine Forderung des Rechts und der Billigkeit. Durch unrichtige Aufstellung des Klassifikationstarifs dürfte nicht leicht ein größerer Kreis von Grundbesitzern vergründet werden. In vielen Beziehungen mögen jetzt die Interessen des Kreises nicht überall vertreten sein, aber es wird gewiß die Schönheit herriehen, sobald es darauf ankommt, die Interessen dem Fisus gegenüber zu verteidigen. Ferner aber ist kein Grundbesitzer möglich, den Reinertrag seines Grundstücks zu ermitteln; werden die Intentionen der Regierung ausgeführt, so wird es einem jeden möglich gemacht sein, zu reklamieren, ohne daß es des Zulases bedarf, der vorgebrachten wird. — Abg. Schwenzner spricht sich für das Amendment aus, das wohl begründet ist. — Die Abg. Kühne (Berlin) und v. Brandenburg ebenfalls. — Abg. v. Reibniz wünscht die schleunige Ausführung des Gesetzes, für das er stimmen wird; das Amendment hemmt diese Belebung, und deshalb werde er gegen dasselbe stimmen.

Abg. v. Bünke: Zahlen entscheiden, sagt der selige Bünke, und Bünke hatte auch hier Recht. Das Werk werde durch sein Amendment keineswegs verzögert werden, nur die Arbeitskräfte, über welche der Herr Finanzminister disponiert, würden mehr beansprucht werden. Schneidet man den Grundbesitzern von vornherein jeden Widerspruch ab, so entsteht eine stets wachsende Ungleichheit bei zu hoch gezahlter Steuer, an welcher der Regierung nichts gelegen sein darf. Indem man der Gerechtigkeit huldigt, wird das Werk vervollständigt, wenn auch die Behörden mehr Arbeit dadurch erwachsen, daß sie die Schablone nicht mehr anwenden können. — Abg. Schellwitz ist der Ansicht, daß das Amendment die Sache um 2 Jahre verzögert. Es handelt sich jetzt ja gar nicht um eine individuelle Verhöhlung, sondern es soll nur festgestellt werden, wie viel eine Gemeinde zu zahlen haben wird. Die Annahme des Amendments wird die tiefste Wunde sein, welche dem Gesetz geschlagen werden kann, und das wird sich bei der Abstimmung und aus der dabei hervortretenden Koalition zeigen. — Dem stimmt der Abg. Kühne (Berlin) bei, welcher Autorität der Abg. v. Bünke dadurch Rednung trägt, daß er beantragt, das Amendment und die Paragraphen nochmals in die Kommission zurückzuweisen. — Die Abg. Böseler und v. Reibniz sind ebenfalls für die Zurückweisung an die Kommission. — Der Berichterstatter erwähnt, daß die Kommission sich schon mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat. — Die Zurückweisung an die Kommission wird beschlossen. Die Debatte über diesen Paragraphen wird ausgelegt. Die Kommissionsanträge zu den §§. 33, 35, 40 und 41 werden angenommen. — Zu §. 55, wonach der Finanzminister ermächtigt sein soll, sofern es sich bei der praktischen Ausführung als notwendig ergeben sollte, einzelne Vorschriften entsprechend abzuändern, beantragt Abg. v. Riebenhof, daß dem Minister diese Ermächtigung verliebt; diese Ermächtigung sei unstatthaft, im Widerspruch mit dem Art. 62 der Verfassung. Diese Anweisung verliere den Charakter einer bloßen Ausführungsverordnung, wenn dieselbe unter Zustimmung der drei Fälsen der Gesetzgebung zum Gesetz erhoben werde. Eine einheitliche Abänderung rechtsverbindlicher Gesetze könne man aber eben der Verwaltung nicht einräumen, und ebensoviel sei die Landesvertretung befugt, auf ihre verfassungsmäßigen Rechte zur Theilnahme an der Gesetzgebung zu verzichten und solche der Staatsregierung zu übertragen. Der Herr Finanzminister möge diesen Stein des Anstoßes aus dem Gesetze entfernen. — Abg. Dr. Lettau teilt diese Bedenken durchaus nicht. Die Gesetzgebung habe kein Interesse dabei, ob die Form eines Einschätzungsregisters oder einer Karte später noch anders und zweckmäßiger angeordnet werde, und in solchen äußersten Dingen könne man keine Gefahr erblicken. — Nach den Abg. Hartkort und Hildebrand erklärt der Finanzminister, daß kein Finanzminister, wer er auch sein möge, ein föderalistisches Interesse bei Ausführung des Gesetzes zu verfolgen haben werde. Die Instruktion hätte gar nicht brauchen der Landesvertretung zum Berathen vorzulegen. Das Verfahren ist auch neu, aber die Regierung wollte so vollständig wie möglich das Gesetz haben. Dennoch weiß sie nicht, ob sie alle Maßnahmen vermieden hat, und es muß ihr die Möglichkeit gegeben sein, diese Maßnahmen sofort bezeitigt zu können. — Die Abg.

Riedel konstatiren die Irregularität, daß etwas hier als Gesetz verathen und nachher der Finanzminister doch ermächtigt wird, das Verathene abzuändern; diese Irregularität liegt aber in der Vorlage selbst und man kann dreist dem Herrn Finanzminister das Ausführungswerk in die Hand legen, ohne sich an konstitutionelle Formalitäten zu ängstlich anzuhämmern. — Der Berichterstatter spricht sich gegen das Amendment v. Riechthofen aus, welches denn auch abgelehnt wird.

Somit ist die Berathung über die Anweisung vorbehaltlich der §§. 32, 33 u. s. w. beendet und das Haus wendet sich zur Generaldiskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer. Vorhertheilt der Präsident mit, daß der Abg. v. Carlowitz einen von 42 Mitgliedern unterstützten Antrag eingebracht hat, welcher dabin geht, die Gewarung auszuprechen, daß die Staatsregierung ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister in Ausführung des Art. 61 der Verfassung noch im Laufe dieser Session den beiden Häusern des Landtages vorlegen möge. Der Antrag wird der Justizkommission überwiesen. — Zur Generaldiskussion über den Gebäudesteuerentwurf nimmt das Wort der Abg. Harkort, der die Häuser- und die Grundsteuer als zusammengehörig erkennt, obwohl die Gesetzvorlagen sie getrennt. Der Redner fürchtet mit der Häusersteuer eine zu starke Anspruchnahme der Steuerkraft des Volkes, besonders in den Städten, wo die Steigerung der Mieten in Folge dieser Steuer die Notth vermehrten müsse. — Abg. Graf Ehndorff befürwortet die Gebäudesteuer, die er als milde und gerecht erkennt. Wegen der vom Redner in seiner Ausführung gemachten Bemerkung, daß der Abgeordnete für Hagen (v. Binde) über der Majorität des Hauses zu stehen scheine, wird derselbe vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, welchen Ordnungsrauf er erklärt nicht begreifen zu können. Der Redner wird für die Gebäudesteuer stimmen, von welcher er gewünscht, daß sie nicht mit der Grundsteuer in Verbindung gebracht werden wäre. — Abg. Waldeck macht hier wieder den Einwand geltend, daß man heute ein Bedürfnis für eine erst 1865 zur Erhebung kommende Steuer nicht nachweisen könne. Um auf eine gestern gefallene Anzeigerung zu antworten, kann man, wenn man von Unterthanen in Preußen spricht, nur an Staatsunterthanen denken; in dem konstitutionellen Staate kommt nur das Staatsbürgertum zur Geltung. Daß Preußen ein durch und durch demokratischer Staat ist, das hat schon Hardenberg gesagt. Eine Anzahl treuer Staatsbürger, die dem verfassungsmäßigen Könige Treue geschworen haben, sind bessere Stützen, als Leute, die sich Unterthanen nennen und von Steuern ausgeschlossen sein wollen. — Abg. Allnoch entscheidet sich auch diesesmal für die Gebäudesteuer und hauptsächlich für den §. 2, der manche läufigen Gebungen befreite. Man habe Schleien als an Sibirien grenzend bezeichnet; eine nähere Kenntnis der Provinz würde die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachweisen, und aus hohem Munde sei der Ausspruch gehabt worden, daß Schleien die schönste Perle in der Krone Preußens sei. Die Gebäudesteuer sei gerecht. — Abg. v. Blanckenburg erklärt, daß er und seine politischen Freunde sich auch als Sr. Majestät treue Unterthanen betrachten, das sei ihre höchste Ehre; übrigens gestehe er zu, daß die Bedenken des Abg. Dr. Waldeck begründet seien. Der Vorwurf des Eigennutzes für die Partei, der er angehört, sei unbegründet; er werde gegen den Entwurf stimmen. — Abg. Gneist: Der Werth der Gebäude auf dem Lande sei abhängig von dem sonstigen Grund und Boden, der zu ihnen gehört, er sei daher schwankend, während er in den Städten mehr stationär sei. Es sei nachweisbar, daß eine einzige Stadt an Gebäude und Grundsteuer in einem Menschenalter vielmehr zahlreicher, als bisher die gesammte Grundsteuer des platten Landes betrage. Es werde aber anerkannt werden müssen, daß die Höhe der Steuer mit dem wirklichen Bedürfnisse des Landes im Einlaufe stehe. Wir verzichten gern darauf, der Regierung neue Steuerquellen nachzuweisen, denn wir halten die Forderung der Vorlage für so gut begründet, daß wir es als verwerthlich erkennen, ihren Tenor durch irgend ein Amendment zu stören. Auch die Forderung sei abzuweisen, mit der Militärvorlage zu warten, bis die Flüssigkeit der beantragten Steuern Thatache sei. Die Gerechtigkeit in der Ausführung der Grund- und Gebäudesteuergesetze verbürgt genug dadurch, daß der Bauer von einem Gerechtigkeitsgefühl belebt ist, das ihn hindert, zu dulden, sein Nachbar zahle auch nur einen Groschen weniger als er. (Heiterkeit.) Habe die Feststellung der Verfassung viel Zweck gezeigt, so sollte Preußen doch endlich das Beispiel der Einigkeit in Erledigung materieller Fragen geben. Sei der Grundbesitz schon in der Zeit der Uneinigkeit stark gewesen, so sei zu erwarten, daß er noch stärker in der Einigkeit sein werde, und in dieser gewissen Erwartung werde er für die Vorlage stimmen.

Abg. Wagener (Regenwalde): Man habe seiner Partei anempfohlen, einen Schritt zurückzuweichen, weil sie so stark sei. Wir sind stark und werden diesen Schritt nicht zurückzugehen, denn wir hoffen, daß, wenn es uns diesmal noch gelingt, den Herrn Finanzminister zu schlagen, er uns mit diesem Geleg nicht mehr wieder kommen wird. Herr Harkort habe Recht, die Notth der Städte bei dieser neuen Steuer, welche doch nichts weiter als eine Mietsteuer sei, geltend zu machen. Wenn Herr Gneist die Gerechtigkeit der Städte für die Gebäudesteuer als so begeisternd schildert, so tritt er damit der ganz andern Schlußfolgerung des Abg. Harkort entgegen, und es sei anzunehmen, daß manche Abgeordnete bei ihrer Heimkehr von den Städtern nicht gar zu freundlich werden empfangen werden. Es trete mit den Steuervorlagen die Ausstieg hin, daß bei zweifellos ferneren Steigerungen der Grundsteuern der Grundbesitz endlich nichts mehr werden kann. Waren wir einmal so glücklich, die Ministerplätze einzunehmen, wir würden schon wissen, wo wir Geld herbekommen, ohne die Grundsteuergesetze vorzuschlagen. — Abg. v. Binde (Hagen): Als er und seine Freunde hierher gekommen sind, sei im Lande die Stimmung überwiegend die gewesen, daß endlich den Privilegien ein Ende gemacht werden müsse, und diese Stimmung habe sich nicht geändert. Wenn der Starke diesmal nicht zurückweichen will, so scheint der Starke der Herr Finanzminister zu sein, der noch recht fest auf dem Stuhle sitzt, unter den Herrn Wagener so viel Rauch gemacht hat. (Große Heiterkeit.) Mit Redensarten in Finanzsachen sei wenig gethan, man möge auf Einzelheiten eingehen, aber das schiene den Herren von der Einken nicht bequem. Dem Abg. für Bielefeld (Waldeck) ist zunächst zu bemerken, daß er als Vertreter für Westfalen weit mehr Veranlassung hätte, der Grundsteuervorlage nicht entgegenzutreten, selbst wenn der Grund, daß erst 1865 die Steuerflüssig wird, sonst Werth hätte. Die Bemerklungen des Herrn Waldeck über den Ausdruck Unterthanen seien, dem Redner, nur dadurch interessant geworden, daß vor etwa 8—10 Tagen Ähnliches in der „Volksszeitung“ gestanden. Herr Waldeck schlug selbst vor, Redensarten fallen zu lassen und sich an die Sache zu halten. Der Redner nennt sich deshalb einen Unterthan des Königs, weil er innerhalb der Verfassung Sr. Majestät den Eid der Treue geleistet, und weiß, daß jene Partei, welche der Herr Abgeordnete im Jahre 1848 angebörte, Preußen an den Rand des Verderbens gebracht habe. Er, der Redner, und seine Freunde, welche damals freudig zur Rettung des Vaterlandes gewirkt, werden mit Stolz sich Unterthanen Sr. Maj. des Königs nennen. (Bravo!) — Abg. Dunker (Berlin) hebt hervor, daß, obwohl die Technik in der Welt sich fortwährend ändere, doch die Grundsätze des Rechts wesentlich dieselben blieben. Wenn die von der Grundsteuer Privilegierten die Starken seien, welchen der Vertreter von Regenwalde zwar nicht angehört, aber denen er diene, dann werde es schwer halten, sie zu einem Verständniß von der Aristokratie zu bringen, wie sie Herr Gneist gezeichnet. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. — Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort der Abg. Waldeck: Wenn das, was der Abg. für Hagen ausgeprochen, begründet wäre, daß ich und meine politischen Freunde im Jahre 1848 Preußen an den Rand des Verderbens gebracht, dann hätten wir uns eines schweren Vergebenges schuldig gemacht, und nur die in solcher Neuzeugung enthaltene Provokation kann mich veranlassen, das Wort zu nehmen. Ich habe stets offen und ohne Furcht gehandelt, und was ich gesprochen und wie ich gehandelt, das kann ich mit gutem Gewissen verantworten. Es ist fraglich, ob dieselbe Offenheit von allen Seiten auch unter schwierigen Verhältnissen befunden werden. (Bravo!) Ich gehöre der parlamentarischen Demokratie an, welche das Königthum will, aber das Königthum innerhalb der durch die Verfassung gebildeten Schranken, und auf diesem Boden werde ich jede Verdächtigung entschieden zurückweisen. Ich achtete und ehre eines jeden Meinung hier im Hause und außerhalb desselben, aber ich fordere, daß man ein gleiches Verhalten gegen mich beobachte. — Daran antwortet der Abg. v. Binde (Hagen), daß der Kumpf der Nationalversammlung, welche keinen Groschen Steuern zu bewilligen hatte, mit der Erklärung der Steuerverweigerung den revolutionären Boden betreten hatte, und zu jenem Kumpfe habe auch der Vertreter von Bielefeld gehört. Er, der Redner, und seine politischen Freunde würden auf dem Boden, den die Verfassung ihnen zuweist, zum Besten des Vaterlandes zu wirken bemüht sein, stets eingedenkt def zu, daß die Krone dieser Verfassung ein starkes Königthum bilde. (Bravo!) — Nach einigen Bemerkungen des Berichterstatters Burgkhardt wird die Spezialdiskussion über den Entwurf auf morgen vertagt und die Sitzung geschlossen.

Berlin, 9. März. [24. Sitzung.] Das Haus tritt in die Spezialdiskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer ein. Der §. 1 will, daß die im §. 2 des Gesetzes Nr. 1 vom 1. Januar 1865 in Erscheinung komme. Dieser Paragraph wird ohne Diskussion angenommen. Der §. 2 bestimmt die Steuern, welche von 1. Januar 1865

aufser Hebung gesetzt werden. Es sind dies 1) die grundsteuerartigen Abgaben, welche in mehreren ländlichen Ortschaften der östlichen Provinzen auf Gebäuden und zur Staatskasse fließen, ebenso 2) die grundsteuerartigen Abgaben, welche auf Städten im Ganzen oder auf den in den Städten und deren Seldmarken befindlichen Gebäuden ruhen, 3) der städtische Servis, 4) die an Stelle der Kriminalosten auferlegten festen Renten, 5) der Realgeschoß in Erfurt, 6) in den westlichen Provinzen die Grundsteuer auf Gebäude und die dazu gehörigen Hofräume und Hausgärten. Hierzu hat der Abg. Dunker und Genossen den Antrag gestellt, in Nr. 4 zu sagen „Rente“ anstatt „festen“ Renten. Dieser Ausdruck, führt der Abg. Dunker aus, sei nicht erreichend, denn es sei eine wachsende Rente, eine zukünftige Finanzminister könnte aus der festen Rente eigentümliche Folgerungen ziehen. — Der Regierungskommissarius Meinecke hat gegen das Amendment nichts einzuwenden. Die Abg. Harkort und v. Binde (Hagen) heben hervor, daß die westlichen Provinzen später mehr zu zahlen haben werden. Letzterer meint, man müsse die Rechnungen mit der Vergangenheit abschließen, um den Hader mit den alten Provinzen zu befreien, man solle sich nur mit der Zukunft beschäftigen und für die Gebäudesteuer stimmen. — Der Berichterstatter macht bemerklich, daß die westlichen Provinzen sich eines größeren Wohlstandes erfreuen, als die östlichen. — Der §. 2 wird angenommen. — Der §. 3 setzt die Befreiungen von der Gebäudesteuer fest. Ein Antrag des Grafen Driolla, beweist, daß überhaupt Gebäude und nicht bloß unbewohnte, welche nur zum Betrieb der Landwirtschaft, z. B. zur Unterbringung des Aufsichtspersonals und des Gefindes von der Steuer befreit seien, wird, nachdem sich der Reg. Kom. der Finanzminister und Abg. Riedel dagegen erklären und trotz der Einwendungen des Antragstellers abgelehnt und der §. 3, mit dem Zusatz angenommen, daß Armen-, Wallen- und Krankenhäuser, Besserungs-, Aufbewahrungs- und Gefängnisanstalten, sowie Gebäude, welche milden Sanktionen angehören und für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden, von der Steuer befreit sind. — Nach §. 4 erfolgt die Veranlagung der Gebäudesteuer dergestalt, daß jedes der Gebäude unterliegende Gebäude nach Maßgabe seines jährlichen Nutzungswertes zu Steuerteuern eingestuft wird. Tischt der ermittelte Nutzungswert zwischen 2 Stufen, so wird das Gebäude zu der geringeren eingestuft. Der Paragraph wird ohne Diskussion angenommen. — Nach §. 5 beträgt die Stufe für Gebäude zum Bewohnen um 4 Proc. vom Nutzungswert, für Gebäude zum Gewerbebetrieb 2 Proc. vom Nutzungswert. — Angenommen werden die §§. 6, 7 und 8, betreffend Einzelheiten bei der Veranlagung. — Der §. 9 bestimmt, daß die Veranlagung unter der Leitung der Bezirksregierung durch Bezirkskommissionen geschehen soll, welche, sei es von der Kreisvertretung oder für solche Städte, welche einen Veranlagungsbezirk für sich bilden, vor der Stadtvorordnetenversammlung gewählt werden. — Abg. Jacob und Genossen beantragen, daß Städte über 6000 Einwohner jederzeit einen Veranlagungsbezirk für sich bilden. Dieser Paragraph sei der wichtigste im ganzen Gesetz, da die Kreisvertretungen, wie sie jetzt zusammengelegt sind, wohl noch fortbestehen werden. — Der Regierungskommissarius erklärt, daß es wesentlich im Interesse der Städte sei, wenn Städte und das Land in Veranlagungsbezirke vereinigt werden, da der Wettbewerb bei der Veranlagung bestimmend sei. Im Interesse der Gleichmäßigkeit bitte er, das Amendment abzulehnen. — Abg. Jacob erwidert, daß das recht gut klinge, in der Wirklichkeit aber anders sei. Die Städte werden schlecht dabei fahren, wenn die Abschätzungen von Personen geschehen, welche auf dem Lande leben und ein Interesse daran haben, daß die Stadt möglichst viel, das Land möglichst wenig bezahle. — Abg. Schulz wird dem Amendment nicht zustimmen. — Der Berichterstatter erklärt sich Namens der Kommission ebenfalls dagegen und zwar namentlich im Interesse der Städte. — Abg. Jacob zieht sein Amendment zurück. Der Paragraph wird angenommen. — §. 10 handelt von den Beschlüssen der Veranlagungskommission; die Veranlagung wird bekannt gemacht, Reklamationen müssen binnen 4 Wochen gegeben. — §. 11. Weiteres Verfahren bei Reklamationen bis zum Rekurs an den Minister. — §. 12. Befugniß des Finanzministers, Kommissarien zur Einsicht der Veranlagungsarbeiten an Ort und Stelle abzusenden. — In §. 13 werden die Kosten der Gebäudesteuerveranlagung der Staatskasse zur Last gelegt, die Vorarbeiten werden von den Gemeinden angefertigt. — §. 14. Die Steuer fließt zur Staatskasse. — Die §§. 15 bis 23 sind unberührt.

Das Haus geht zur Generaldiskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bavorzugungen zu gewährenden Entschädigungen. Ein von Abg. Böckeler eingebrachter Antrag: „Die Besitzer der ländlichen oder städtischen Güter oder Grundstücke der ehemaligen Provinz Westpreußen, welche bisher der provinziell üblichen Grundsteuer unterworfen gewesen sind und welchen die Auffluranzurkunde vom 12. Mai 1787 zur Seite steht, erhalten als Entschädigung den 13fachen Betrag derjenigen Summe, welche sie nach dem Gesetz, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer, vom 1. Januar 1865 ab mehr als gegenwärtig an jährlicher Grundsteuer zu zahlen haben werden,“ wird genügend unterstüzt. — Abg. Dr. Waldeck: Die Entschädigung kann vom Standpunkt der Gerechtigkeit beurtheilt werden, doch darauf sei nicht einzugehen. Der Redner geht auf die Steuern in vergangenen Zeiten zurück. Vom Standpunkt der Billigkeit möge man doch den Maahstab daran legen, daß die Steuerausgleichung schon seit 1810 angekündigt ist. Das hieße mit einer Hand nehmen und mit der anderen wegwerfen. Und für eine weitere Zögerung von 5 Jahren solle noch Entschädigung gewährt werden. Der Herr Finanzminister könne sicher nichts dagegen haben, wenn man dem Lande die ganz ungerechtfertigte Entschädigungslast erpare. Wer der Entschädigung entgegentrete, sei keineswegs gegen die ganze Maahregel, und die Vertreter der westlichen Provinzen können sehr gut gegen die Entschädigung stimmen. Wenn man, um die Sache endlich zu ordnen, bei der Ausführung derselben die Tendenz ändere, so gebe man das Prinzip auf — propter vitam vivendi perdere causam. — Abg. v. Behmann-Hollweg (Bromberg): Die Entschädigung werde am billigsten gewährt werden durch eine allmäßige Einführung der Grundsteuer für die bisher davon Befreiten. In England habe der Grundbesitz keineswegs politische Vorrechte; dort habe der Grundbesitz große Lasten und damit zusammenhängend eine große politische Machtsstellung, das sei aber zu unterscheiden von politischen Vorrechten. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. — Der Berichterstatter Benda konstatiert, daß die gegen die Entschädigung hervorgebrachten Bedenken dieselben seien, wie im vorjährigen Jahre; er persönlich sei derselben Meinung wie der Redner, aber es komme darauf an, die ganze Frage mit einem Schlag tot zu machen, darum schließe er sich jetzt mit Überzeugung den Regierungsvorschlägen an. — Es sind noch Abänderungsvorschläge eingegangen, welche verlesen aber nicht genügend unterstützt werden. — Der §. 1, welcher die Entschädigung genehmigt, wird ohne Diskussion angenommen. — Der §. 2 handelt von der Höhe der Grundsteuerentschädigung für die verschiedenen Arten der Grundbesitzbürger. Hierzu beantragen die Abg. Reichensperger und Genossen: „Die Besitzer u. s. w. erhalten als Entschädigung den zwanzigfachen Betrag desjenigen Grundsteuerbetrages, welchen die betreffenden Grundstücke, nach dem landesüblichen Grundsteuerfuß mehr leisten müßten, als sie dermalen leisten.“ während die Regierungsvorlage sagt: „nach den Resultaten der Grundsteuerveranlagung in Gemäßigkeit der Vorchriften im §. 7 des Gesetzes Nr. 1 u. s. w.“ — Abg. Reichensperger (Geldern) vertheidigt sein Amendment, wie er es bereits in der Kommission gehabt. Wie die Sachen heute stehen, bleibe nichts anderes übrig, als das Kompromiß so lange anzunehmen, als nicht andere Hoffnungen zu verwirklichen sind. Man möge den Kompromiß annehmen und für das Gesetz stimmen, nicht um die Sache tot zu machen, sondern um sie ins Leben zu rufen. Das Prinzip, das heute aufgestellt wird, geht allerdings über die Rechtsforderung hinaus, dennoch könne man sich dazu befreien, aber man müsse sich gegen die Konsequenzen, gegen die früheren Vorlagen der Regierung erklären, da sie hinsichtlich des Berechnungsmethoden zwischen den verschiedenen Kategorien der privilegierten Grundbesitzer keinen Unterschied gemacht habe. Wenn die privatrechtlich eximirten Grundbesitzer nicht nach dem landesüblichen, sondern nach dem weit höheren Steuerbetrags der neuen Grundsteuer ihre Entschädigung erhalten sollen, so enthalte die Vorchrift eine neue Benachteiligung der in der Grundsteuer bisher ungünstig gestellten Provinzen und eine neue Konzeption an das Grundsteuerprivilegium. Schon Suarez habe nachgewiesen, daß nur die im gegenwärtigen Vermögenszustande aus der Aufhebung der Privilegien hervorgehenden Nachtheile ersezt werden müßten. (Schluß folgt morgen.)

## Vorales und Provinzielles.

\* Posen, 10. März. [Feuer.] Die unweit Posen an der Warthe belegene Wolfsmühle ist heute Nacht ein Raub der Flammen geworden. Man vermutet Brandstiftung. Haus und Stallung sind unversehrt, weil der Wind die Flammen abwärts trieb. Die Feuerspröze aus Olsino war die erste auf der Stelle. Posen, 11. März. [Konzert.] Wer Vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Das bekannte Dichterwort fand in dem

Konzert, das der L. Musikdir. Hr. Vogt am Sonnabend hier im Saal der Loge veranstaltet hatte, seine Bestätigung. Ueberwiegend aus Gesangsstücken verschiedenster Art, für Solovortrag wie für Männer- und gemischten Chor zusammengesetzt, bot es ein buntes Allerlei mehr oder minder wertvoller und ansprechender Nummern, die von dem außerordentlich zahlreich versammelten Publikum geschenkt mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Es wurde die durch den jetzt überaus gehäuft politischen Stoff uns nothwendig sehr eng gesteckten Grenzen wesentlich überschreiten, wollten wir auf die Einzelheiten des Konzertes näher eingehen. Nur eine Erscheinung in demselben ist es, bei der wir noch einige Augenblick im Interesse der Kunst verweilen zu sollen glauben, nämlich das Auftreten des jungen etwa 11jährigen Pianofortepielers Otto Goebel aus Berlin, der augenblicklich zum Besuch bei hiesigen Verwandten sich aufhält. Wir haben in der That einen angedeihenden Künstler in ihm kennen gelernt, ein überaus glückliches und reiches Talent, das gleichzeitig in einer sehr gründlichen, soliden Schule gebildet ist, und bei fortgesetzten fleißigen, gutgeleiteten Studien, eine bedeutende Zukunft vor sich hat, vorausgesetzt daß neben den musikalischen auch die wissenschaftlichen Disziplinen nicht vernachlässigt werden, die heutzutage mehr noch als früher auch für den Musiker unentbehrliches Requisit sind. Der junge Pianist ist mit seinen Leistungen in der That über sein Alter hinaus. Wir sagen das nicht nur in Bezug auf Fertigkeit und Sauberkeit, Sicherheit und Gewandtheit seines Spiels, wie sie sich in den im Konzert vorgetragenen Pièces (Fantasien von Thalberg und Wallace) beobachtete. Auch sein voller, runder und wohl nuancirter Anschlag, seine treffliche Fingersegung und Haltung, selbst der wirklich geschmackvolle und von musikalischer Sinn und Verständniß zeugende Vortrag jener Kompositionen würden allein dazu uns kaum bestimmen. Aber wir hatten privatim Gelegenheit, ihn Beethoven's Cis-moll-Sonate vorzutragen zu hören, und wer in seinem zwölften Jahre diese überaus schwierige Aufgabe zu lösen vermag, wie Otto Goebel, der hat schon eine sehr ehrenvolle Stufe musicalischen Leistungsfähigkeit erreicht, und dem kann man eine Zukunft prophezeien, wobei es sich von selbst versteht, daß der Vortrag jenes hochbedeutenden Werkes immer noch ein anderer sein wird, wenn dem glücklichen instinktiven Fühlen des Rechten und Angemessenen, erst die künstlerische Lebens- und Herzenserfahrung geiferter Jahre sich gesellt und ein vollkommen klar bewußtes Aufpassen und Widergeben solcher Werke ermöglicht. Der junge Pianist erntete für seine Vorträge mit Recht reichen Beifall, und mag sich denselben als Aufmunterung zu sorgsamstem Fortschreiten im Allgemeinen für die zahlreich anwesenden Kämer sehr schlecht aus. Der Grund hierfür vorzugsweise der ungünstigen Witterung zuschreiben sein. — In der Sitzung am 27. v. M. hat der Karper landwirtschaftliche Verein beschlossen, daß mit dem im Laufe d. J. in Unruhstadt stattfindenden Thierschau eine Prämierung vielseitig treuer Dienst der ländlichen Dienststellen verbunden werden soll. — Vor einigen Wochen wandten sich die evangelischen Vorstehner der hiesigen Blindenunterrichtsanstalt Begeordneter Stoltmar und Bäckermeister Karl Schulz, an die Hauptibelgesellschaft in London mit der Bitte um Verleihung einer Bibel für Blinde, und vor einigen Tagen schon langte von dort das neue Testament, die Psalmen und das Buch Daniel, in Gang 18 Bände, frei bis ins Haus als Geschenk für das Blindeninstitut hier an. Bei den bekränkten Mitteln, über die das Institut zu gebieten hat, ist dies ein doppelt kostbares Geschenk.

Dr. J. S. Wohlstein, 9. März. [Markt; Landwirtschaftliches; Geschäft.] Auf dem vorigestrigen Marte in Ralowitz aller Galionen in bedeutender Zahl aufgetrieben; aber die Preise bescheiden waren, wobei dem gegen früher verhältnismäßig hoch. Kühlfleisch wurden bis zu 30 Thlr. bezahlt und auch Schlachtvieh nach hohe Preise. Pferde waren ebenfalls zahlreich vorhanden und das Geschäft war ziemlich lebhaft. Junge Pferde (3jährige) sind bis zu 100 Thlr. bezahlt worden. Der Krammarkt fiel indeß im Allgemeinen für die zahlreich anwesenden Kämer sehr schlecht aus. Der Grund hierfür vorzugsweise der ungünstigen Witterung zuschreiben sein. — In der Sitzung am 27. v. M. hat der Karper landwirtschaftliche Verein beschlossen, daß mit dem im Laufe d. J. in Unruhstadt stattfindenden Thierschau eine Prämierung vielseitig treuer Dienst der ländlichen Dienststellen verbunden werden soll. — Vor einigen Wochen wandten sich die evangelischen Vorstehner der hiesigen Blindenunterrichtsanstalt Begeordneter Stoltmar und Bäckermeister Karl Schulz, an die Hauptibelgesellschaft in London mit der Bitte um Verleihung einer Bibel für Blinde, und vor einigen Tagen schon langte von dort das neue Testament, die Psalmen und das Buch Daniel, in Gang 18 Bände, frei bis ins Haus als Geschenk für das Blindeninstitut hier an. Bei den bekränkten Mitteln, über die das Institut zu gebieten hat, ist dies ein doppelt kostbares Geschenk.

Kruschwitz, 8. März. [Einweihung; Stadtvorordnetenwahl; Fischeret; Holzangeln.] Auf erzbischöfliche Veranlassung soll am 28. April d. J. die feierliche Einweihung der hiesigen Kollegiat-Silostkirche, deren Reparaturbau fünf Jahre erforderlich und die als die erste christliche Kirche auf slavischen Boden bezeichnet wird, stattfinden. Wie zu erwarten steht, wird der Erzbischof, so wie die höhere Geistlichkeit des Domkapitels zu Gniezen, sich mit Aufsicht auf die Wertwürdigkeit des Ortes, an diesem See teilnehmen. — In der vorigen Woche wurde hier selbst auch die Wahl neuer Stadtverordneten-Mitglieder vollzogen, die dahin ausfiel, daß statt der früheren bestehend aus einem Deutschen, einem Israeliten und vier Polen, nun auf drei Israeliten, zwei Polen und

HOTEL DE BERLIN. Mühlenbesitzer Skier und Kr. Ger. Rath Verdi aus Wongrowitz, Deconomie-Kommissarius Simon aus Rawicz, Bräul. Meißner aus Rietz, Gutsb. Treppmacher nebst Frau aus Wulka und Kaufmann Brüt aus Czarnikau.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen v. Lubieska aus Kaczyń, v. Swinarska aus Dembe, v. Czarlinska aus Chwarzno und v. Nalecz aus Polen, die Gutsb. Golez aus Czajzyń und v. Paliszewski aus Gembic.

KRUG'S HOTEL. Mühlensammler Knuth aus Cammin und Kaufmann Hille aus Breslau.

Born 11. März.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Zabłocki aus Czerlin und v. Skawski aus Komornik, Frau Rittergutsb. v. Szoldeska aus Deutsch-Poppen, Gutsb. Trampczyński aus Bielawy und Kaufmann Kaufmann aus Königsberg i. Pr.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Brzeski aus Jabłkowo, Walz aus Góra und Walz aus Bujewo, Bürger Tyrankiewicz aus Breschen, Wirthlich. Kommissarius v. Dzierzanowski aus Glinno, Kaufmann Brock aus Neubrück und Stud. med. v. Kłosowski aus Breslau.

HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Hahn aus Breslau, Kazanellenbogen aus Krotoschin und Leuter aus Kanis, Partikular Jahn aus Berlin und Gutsb. v. Bieławowski aus Smuszevo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Moszczeniński aus Wiatrowo, v. Grabski aus Brostekow und Ditt aus der Oberlausitz, Gutsbesitzer und Major a. D. Kretschmar aus Brodloß, Gutsb. v. Kläden aus Chwałkowo, die Bankiers Ries und Jacobsohn und die Kaufleute Lutz, Böhlme und Gehrke aus Berlin, Saunes aus Paris, Passel aus Dresden, Schäf aus Rathenow, Rappolt aus Hamburg und Fredelking aus Leipzig.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Mauske aus Bromberg, Hoffmann aus Leipzig, Vogel aus Hamburg, Sulz aus Köln, Vorstein aus Liegnitz, Thurn aus Pforzheim, Marquard aus Bremen, Gregor aus Kassel, Coppelius und Rosenthal aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. v. Smętakowski aus Ordzin, Kundler aus Popowo und v. Radzimski aus Dziechowice, die Kaufleute Schulz aus Berlin, Goldstein und Bräul. Schwarz aus Lissa.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Sypniewski aus Piotrowo und Dobrogojski aus Breslau.

aus Skrzetuszevo, Gutsb. Aredzki aus Murzynowo leśne, Gutsverwalter Bulczyński aus Nietzianowo, Oberförster-Kandidat Brodkowski aus Ludwigsberg, Agronom Ważłowski aus Chocicza, Pharmazeut Gościński aus Samter und Kaufmann Götz aus Gniezen.

BAZAR. Prof. Fedryczkowski aus Zielino, Kaufmann Silberschmidt aus Mainz, die Gutsb. v. Moraczewski aus Lennagóra, v. Moszczeniński aus Stempuchowo, Graf Mycielski aus Chocijewice und v. Mikorski aus Pasłkow.

EICHORN'S HOTEL. Lehrer Janecki aus Deutsch-Presse, die Kaufleute Wolf und Witkowski aus Stettin, Ehrenfried aus Breschen und Salomon aus Szczelno.

DREI LILJEN. Kaufmann Gronheim aus Fraustadt.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Krause aus Schneidemühl, Herzfeld, Baron, Bergas und Kempner aus Grätz, Fabisch aus Santomysl, Silverberg sen. und jun. und die Kaufm. Frauen Landau und Silberberg aus Kempen, Gutsb. Häusler aus Bojanice, Wirthlich. Inspektor Kosmonoski aus Domino, Wirthlich. Besitzer Krieger aus Sendzin und Viehhändler Kłakow aus Gutschterhau.

Bekanntmachung.  
Aufnahmeprüfung für die Sexta der Realschule.  
Dienstag den 12. März d. J. Vormittags 10 Uhr, soll eine Quantität Roggenkleie in dem biesigen königlichen Magazin öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 6. März 1861.  
Königliches Proviantamt.



### Stargard-Posener Eisenbahn.

Die Einlösung der am 1. April d. J. fällig werdenden Zinsuppons zu den Prioritätsobligationen, und zwar:

Nr. 16 der I. Emission,

12 II.

5 III.

erfolgt in der Zeit vom 2. bis inkl. 15. April c., mit Ausnahme der Sonntage, von 9 bis 12 Uhr in Berlin bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft,

in Stettin bei dem Bankhaus S. Abel

Junior, und

in Breslau bei unserer Hauptkasse.

Schriftwechsel und Geldsendungen nach außerhalb finden nicht statt.

Breslau, am 4. März 1861.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Andreas Warkowsky gehörige, unter Nr. 5 zu Radzwin gelegene Grundstück, abgeschlossen auf 5159 Thlr. 10 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in un-

am 12. April 1861 Vormittags 12 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diesjenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Znowraclaw, den 10. September 1860.

Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Wongrowitz.

Das im Wongrowitzer Kreise belegene Rittergut Imielinko, landwirtschaftlich abgeschäft auf 19,586 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf. laut der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in un-

am 9. September 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Wongrowitz, den 17. Januar 1861.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Ostrowo.

Das dem Wojciech v. Biernacki gehörige, ein Zubehör des im Königreiche Polen belegenen adligen Gutes Gorzyce, von welchem es zu folgende Grenzregulirung abgeschrieben ist, bildende Gut Zamość, bestehend aus dem Vorwerk Zamość, dem Eisenhammer in Niwiłk mit zwei Frischfeuern, genannt Kamilla-hütte, einem Dreefen in Niwiłk, inkl. 3343 Morgen 169 □ R. Wald, mit einem Flächeninhalt von 9915 Morgen 85 □ R., abgeschäft auf 37,945 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf.

durch den nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Taxe, soll im Befüllungsstermine

am 25. Oktober 1861 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Von dem angegebenen Umfange des Gutes und von obigen Taxe sind ausgegeschlossen 107

Morgen 20 □ R. Wald und Wiese sc., deren

Grenzen zwischen den Bestiern der Güter Zamość und Kania strittig ist, wovon der Waldteil allein auf 2860 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf.

besonders geschäft ist. Zugleich werden alle Die-jenigen, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern beanspruchen, hiermit aufgefordert, sich damit beim Gericht zu melden.

Auch werden zu dem obigen Termine die Be-wohner Wojciech und Theophila, geb. v. Sta-mirowska, v. Biernacki'schen Cheleute hiermit öffentlich vorgeladen.

Ostrowo, den 10. Februar 1861.

Mit dem 3. April d. J. beginnt ein neuer Kursus in der engl. Sprache, sowie in der engl. Handels-Korrespondenz. Anmeldungen bis zum 1. April.

Auch finden zwei Pensionäre liebevolle Auf-nahme unter soliden Bedingungen.

J. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

H. Gärtner in Schönthal bei Sagan.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als anderen Laub.

und Nadelholzsämereien in frischer und fein-sä-riger Ware empfiehlt der Forstverwalter

W. G. Cohn, Judenstraße Nr. 13.

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40

Thlr. preuß. Kurant, so wie als

## Hamburg-Amerikanische Paketf. Akt. Gesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen

## Hamburg und New-York,

eventuell Southampton anlaufend:

|                            |                               |
|----------------------------|-------------------------------|
| Post-Dampfschiff Borussia. | Capt. Trautmann, am 15. März. |
| Bavaria.                   | Meier, 1. April.              |
| Hammonia.                  | Schwenen, 15.                 |
| Saxonia.                   | Chlers, 1. Mai.               |
| Tentonia.                  | Taube, 15.                    |

Fracht: Doll. 12 für ordinäre, Doll. 18 für ordinaire, Doll. 20 für primaire. Passagierpreise: Erste Kajüte Pr. Cet. Thlr. 60.

Die Expeditionen der obigen Gesellschaft gehörenden Segelpacketsschiffe beginnen:

nach Newyork am 15. März per Packetschiff Donau, Capt. Meyer.

Quebec 1. April Elbe Boll.

Mäbres bei dem Schiffsmäler August Bolten,

Wm. Miller's Nach., Hamburg,

so wie bei dem für den Anfang des Königreichs Preußen konzessionirten und zur Schließung gültiger Verträge bevollmächtigten Generalagenten

H. C. Platzmann in Berlin,

Rosenplatz Nr. 7.

Ein der deutschen und polnischen Sprache in Rode und Schrift mächtiger, mit dem Registraturdienst vertrauter, eine gute Handchrift führender Mann, mit den entsprechenden Qualifikationsattesten, findet sofort oder am 1. April in meinem Bureau eine Stelle.

Samter, den 9. März 1861.

Der königliche Rechtsanwalt und Notar

Ahlemann.

Ein im Polizeifach gebürtiger Geßluß, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, kann zum 20. d. Ms. oder 1. April c. bei dem Distriktskommissarius zu Neutomysl Posen, zum 1. April ein Unterlommen. Zu treten. Meldungen sind dabei sofort einzufordern.

Eine Birthschafterin, mit guten Zeugnissen ver-

geben, findet auf dem Lande, eine Meile von

Posen, zum 1. April ein Unterlommen. Zu

erfragen im Wirkelkeller Schuhmacherstraße 20.

Annalen der Landwirtschaft

in den Königl. Preussischen Staaten.

Inhalt des Wochenblatts Nr. 10.: Gesetze und Verordnungen in Beziehung auf die Landeskultur.

Nachlese aus den Kultur- und Erntebüchern von 1860. — Summarische Zusammenstellung der Stutenbedeckung sämtlicher königl. Landgestäte 1860. — Bericht des Generalkonsuls von Levenhagen aus Valparaiso, den Guanohandel betreffend. Auswahl der Zukurräben zum Samenbau. — Ueber den Ankauf, Behandlung etc. landw. Maschinen II. — Die nächste Krisis für den Grundbesitzer und deren Abhülfe. — Der Nutzen des Schnees. — Londons Wollhandel im Jahre 1860. Kleinere Mittheilungen, statistisches, Berichte und Correspondenzen, Preis-Auszeichnungen, landw. Unterrichtswesen, Literatur, Vereinswesen, Produktenpreise.

Monats- und Wochenblatt sind für 4 Thlr. das Wochen-

blatt apart für 1 Thlr. 16 Sgr. pro Jahrgang durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Simon's billigste Buchhandlung in Hamburg

versendet nach allen Gegenden zoll- und steuerfrei, unter Garantie für neu, komplet und

fehlerfrei:

Goethe's Reineke Fuchs, mit Zeichnungen v. Kaulbach. Prachtband. 88 Sgr. — Illustr.

Geographie mit 100 Abbildungen und Atlas v. 50 Karten. Folio. 1857. von Räuschle. 65 Sgr. — Berger's Konchylienbuch. 1855r

Prachtausgabe. Quarto, mit ca. 800 saub. farb. Kupfern. eleg. 56 Sgr. — Berger's Giftpflanzenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Sonnenwalds-Rosa.

Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Petrefactenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidlin's Botanik. 1857 mit 1600 pracht. farb. Kupf. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Hierwelt. 3. Aufl. 1858. 22½ Sgr. — Der Hauff's Werke. 15 Theile für 60 Sgr. —

siehe, die vier Jahresserien. 30 Sgr. — Der persönliche Schutz, mit anatom. Abbildn. 18 Sgr. — G. W. Arndt's Gedichte. 25 Sgr. — Walter Scott's sämml. Werke, beste neueste, vollst. deutsche Ausgabe, 175 Bde. elegant, nur 6 Thlr. — Lessing's Werke, neueste Ausg. 3 Thlr. — Die kümmerliche Prostitution. 6 Bdch. mit Abbildungen und Biographien berühmter Hamb. Freudenmädchen zusammen. 12 Bdch. für 2 Thlr. — Denkwürdigkeiten Casanova's de Steingalt. 12 Bde. 13 Thlr. — Memoiren der Baron de l'Enclos. 4 Bde. 1 Thlr. — Boccaccio's Decameron. 4 Bde. 24 Sgr. — W. Heine's sämml. Werke. 5 Bde. 1857. eleg. geb. 2½ Thlr. — Bulwer's ausgew. Werke. 46 Bdch. 2½ Thlr. — Bürger's Werke. eleg. Ausg. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Major A. v. Brederlow in Mainz. —

Simon's billigste Buchhandlung in Hamburg

versendet nach allen Gegenden zoll- und steuerfrei, unter Garantie für neu, komplet und

fehlerfrei:

Goethe's Reineke Fuchs, mit Zeichnungen v. Kaulbach. Prachtband. 88 Sgr. — Illustr.

Geographie mit 100 Abbildungen und Atlas v. 50 Karten. Folio. 1857. von Räuschle. 65 Sgr. — Berger's Konchylienbuch. 1855r

Prachtausgabe. Quarto, mit ca. 800 saub. farb. Kupfern. eleg. 56 Sgr. — Berger's Giftpflanzenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Petrefactenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidlin's Botanik. 1857 mit 1600 pracht. farb. Kupf. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Hierwelt. 3. Aufl. 1858. 22½ Sgr. — Der Hauff's Werke. 15 Theile für 60 Sgr. —

siehe, die vier Jahresserien. 30 Sgr. — Der persönliche Schutz, mit anatom. Abbildn. 18 Sgr. — G. W. Arndt's Gedichte. 25 Sgr. — Walter Scott's sämml. Werke, beste neueste, vollst. deutsche Ausgabe, 175 Bde. elegant, nur 6 Thlr. — Lessing's Werke, neueste Ausg. 3 Thlr. — Die kümmerliche Prostitution. 6 Bdch. mit Abbildungen und Biographien berühmter Hamb. Freudenmädchen zusammen. 12 Bdch. für 2 Thlr. — Denkwürdigkeiten Casanova's de Steingalt. 12 Bde. 13 Thlr. — Memoiren der Baron de l'Enclos. 4 Bde. 1 Thlr. — Boccaccio's Decameron. 4 Bde. 24 Sgr. — W. Heine's sämml. Werke. 5 Bde. 1857. eleg. geb. 2½ Thlr. — Bulwer's ausgew. Werke. 46 Bdch. 2½ Thlr. — Bürger's Werke. eleg. Ausg. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Major A. v. Brederlow in Mainz. —

Simon's billigste Buchhandlung in Hamburg

versendet nach allen Gegenden zoll- und steuerfrei, unter Garantie für neu, komplet und

fehlerfrei:

Goethe's Reineke Fuchs, mit Zeichnungen v. Kaulbach. Prachtband. 88 Sgr. — Illustr.

Geographie mit 100 Abbildungen und Atlas v. 50 Karten. Folio. 1857. von Räuschle. 65 Sgr. — Berger's Konchylienbuch. 1855r

Prachtausgabe. Quarto, mit ca. 800 saub. farb. Kupfern. eleg. 56 Sgr. — Berger's Giftpflanzenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Petrefactenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidlin's Botanik. 1857 mit 1600 pracht. farb. Kupf. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Hierwelt. 3. Aufl. 1858. 22½ Sgr. — Der Hauff's Werke. 15 Theile für 60 Sgr. —

siehe, die vier Jahresserien. 30 Sgr. — Der persönliche Schutz, mit anatom. Abbildn. 18 Sgr. — G. W. Arndt's Gedichte. 25 Sgr. — Walter Scott's sämml. Werke, beste neueste, vollst. deutsche Ausgabe, 175 Bde. elegant, nur 6 Thlr. — Lessing's Werke, neueste Ausg. 3 Thlr. — Die kümmerliche Prostitution. 6 Bdch. mit Abbildungen und Biographien berühmter Hamb. Freudenmädchen zusammen. 12 Bdch. für 2 Thlr. — Denkwürdigkeiten Casanova's de Steingalt. 12 Bde. 13 Thlr. — Memoiren der Baron de l'Enclos. 4 Bde. 1 Thlr. — Boccaccio's Decameron. 4 Bde. 24 Sgr. — W. Heine's sämml. Werke. 5 Bde. 1857. eleg. geb. 2½ Thlr. — Bulwer's ausgew. Werke. 46 Bdch. 2½ Thlr. — Bürger's Werke. eleg. Ausg. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Major A. v. Brederlow in Mainz. —

Simon's billigste Buchhandlung in Hamburg

versendet nach allen Gegenden zoll- und steuerfrei, unter Garantie für neu, komplet und

fehlerfrei:

Goethe's Reineke Fuchs, mit Zeichnungen v. Kaulbach. Prachtband. 88 Sgr. — Illustr.

Geographie mit 100 Abbildungen und Atlas v. 50 Karten. Folio. 1857. von Räuschle. 65 Sgr. — Berger's Konchylienbuch. 1855r

Prachtausgabe. Quarto, mit ca. 800 saub. farb. Kupfern. eleg. 56 Sgr. — Berger's Giftpflanzenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Petrefactenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidlin's Botanik. 1857 mit 1600 pracht. farb. Kupf. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Hierwelt. 3. Aufl. 1858. 22½ Sgr. — Der Hauff's Werke. 15 Theile für 60 Sgr. —

siehe, die vier Jahresserien. 30 Sgr. — Der persönliche Schutz, mit anatom. Abbildn. 18 Sgr. — G. W. Arndt's Gedichte. 25 Sgr. — Walter Scott's sämml. Werke, beste neueste, vollst. deutsche Ausgabe, 175 Bde. elegant, nur 6 Thlr. — Lessing's Werke, neueste Ausg. 3 Thlr. — Die kümmerliche Prostitution. 6 Bdch. mit Abbildungen und Biographien berühmter Hamb. Freudenmädchen zusammen. 12 Bdch. für 2 Thlr. — Denkwürdigkeiten Casanova's de Steingalt. 12 Bde. 13 Thlr. — Memoiren der Baron de l'Enclos. 4 Bde. 1 Thlr. — Boccaccio's Decameron. 4 Bde. 24 Sgr. — W. Heine's sämml. Werke. 5 Bde. 1857. eleg. geb. 2½ Thlr. — Bulwer's ausgew. Werke. 46 Bdch. 2½ Thlr. — Bürger's Werke. eleg. Ausg. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Major A. v. Brederlow in Mainz. —

Simon's billigste Buchhandlung in Hamburg

versendet nach allen Gegenden zoll- und steuerfrei, unter Garantie für neu, komplet und

fehlerfrei:

Goethe's Reineke Fuchs, mit Zeichnungen v. Kaulbach. Prachtband. 88 Sgr. — Illustr.

Geographie mit 100 Abbildungen und Atlas v. 50 Karten. Folio. 1857. von Räuschle. 65 Sgr. — Berger's Konchylienbuch. 1855r

Prachtausgabe. Quarto, mit ca. 800 saub. farb. Kupfern. eleg. 56 Sgr. — Berger's Giftpflanzenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Mineralienbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidt's Petrefactenbuch, ebenso, 52 Sgr. — Schmidlin's Botanik. 1857 mit 1600 pracht. farb. Kupf. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf. 55 Sgr. — Van der Velde's sämml. Werke, elegant gebunden. 80 Sgr. — Dr. Calwer's Käferbuch, mit mehreren 1000 pracht. farb. Kupf. 1858. eleg. gebunden. 86 Sgr. — G. A. Hoffmäler, Anleitung zum Studium der Todesfälle. Dr. Lorenz Vorck in Berlin, 1861. Eleg. geb. 45 Sgr. — Hierwelt. 3. Aufl. 1858. 22½ Sgr. — Der Hauff's Werke. 15 Theile für 60 Sgr. —

siehe, die vier Jahresserien. 30 Sgr. — Der persönliche Schutz, mit anatom. Abbildn. 18 Sgr. — G. W. Arndt's Gedichte. 25 Sgr. — Walter Scott's sämml. Werke, beste neueste, vollst. deutsche Ausgabe, 175 Bde. elegant, nur 6 Thlr. — Lessing's Werke, neueste Ausg. 3 Thlr. — Die kümmerliche Prostitution. 6 Bdch. mit Abbildungen und Biographien berühmter Hamb. Freudenmädchen zusammen. 12 Bdch. für 2 Thlr. — Denkwürdigkeiten Casanova's de Steingalt. 12 Bde. 13 Thlr. — Memoiren der Baron de l'Enclos. 4 Bde. 1 Thlr. — Boccaccio's Decameron. 4 Bde. 24 Sgr. — W. Heine's sämml. Werke. 5 Bde. 1857. eleg. geb. 2½ Thlr. — Bulwer's ausgew. Werke. 46 Bdch. 2½ Thlr. — Bürger's Werke. eleg. Ausg. 54 Sgr. — Claudius' Werke. 7 Bde. mit Kupf